

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Sven Papcke

Die deutsche Soziologie
zwischen Totalitarismus
und Demokratie

Erhard Forndran

Sozialismus und
Nationalsozialismus

Dargestellt an Hand
der Beiträge Willi Eichlers
zum demokratischen Sozialismus

ISSN 0479-611 X

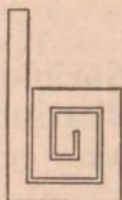
B 20/80
17. Mai 1980

Swen Papcke, Dr. rer. soc., geb. 1939, Professor für Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Buchveröffentlichungen u. a.: Progressive Gewalt. Studien zum sozialen Widerstandsrecht, Frankfurt 1973; Revolution und Theorie (mit Urs Jaeggi), Frankfurt 1974; Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform, Stuttgart 1979.

Erhard Forndran, Dr. phil. habil., Professor für Politische Wissenschaft an der TU Braunschweig, geb. 1938, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte, Philosophie und Mathematik in Bonn und Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Rüstungskontrolle. Friedenssicherung zwischen Abschreckung und Abrüstung, Düsseldorf 1970; Probleme der internationalen Abrüstung. Die internationalen Bemühungen um Abrüstung und kooperative Rüstungssteuerung 1962—1968, Frankfurt und Berlin 1970; Abrüstung und Friedensforschung. Kritik an Krippendorff, Senghaas und Ebert, Düsseldorf 1971 (zusammen mit U. v. Alemann); Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, Stuttgart u. a. 1974 (zusammen mit F. Golczewski und D. Riesenberger); Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien, Düsseldorf 1977 (zusammen mit H. J. Hummell und H. Süssmuth); Studiengang Sozialwissenschaften: Zur Definition eines Faches, Düsseldorf 1978 (zusammen mit P. Friedrich); Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul
Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die deutsche Soziologie zwischen Totalitarismus und Demokratie

Eine Diskussion können wir nicht führen, solange wir über den Sachen stehen und nicht in ihnen.

Jürgen Habermas (1964)

Wir schreiben das Jahr 1946. Kaum zwölf Monate nach der militärischen Niederlage und der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, mitten im Chaos unklarer staatlicher Verhältnisse und ungewisser Überlebenschancen, schaffte es die Soziologie als erste akademische Disziplin, wieder einen freien Verband der wissenschaftlichen Facharbeit auf die Beine zu stellen. In einer Zeit, als es den meisten Deutschen eher um das tägliche Brot als um das Manna theoretischer Erkenntnisse ging, lud der Kölner Soziologe Leopold von Wiese mit alliierter Hilfe einen — wie er berichtet¹⁾ — „Kreis von erreichbaren Personen“ ein, „die an soziologischen Studien Anteil nahmen“. Die Schwierigkeiten der Einberufung und die Durchführung dieses Treffens waren beträchtlich.

Das lag zum einen an der Tatsache, daß der Dachverband der Soziologen — die „Deutsche Gesellschaft für Soziologie“ — überhaupt erst wieder aus der Taufe gehoben werden mußte. Denn nachdem am 29. Dezember 1933 auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Berlin, zu der als damaliger 1. Schriftführer auch schon v. Wiese eingeladen hatte, der alte Vorstand abgelöst und die Leitung der Gesellschaft ganz im Sinne der Zeit einem Par-

teigenossen mit Totalvollmachten übertragen worden war, schloß die Gesellschaft nach und nach ein. Soziologie im althergebrachten Sinn jedenfalls schien in Deutschland überflüssig geworden zu sein.

Zum anderen ergaben sich die Schwierigkeiten dieser ersten Kontaktaufnahme aus den widrigen Umständen der Nachkriegsmonate. Schon eine Nachrichtenverbindung zwischen den vier inzwischen auf deutschem Boden eingerichteten Besatzungszonen war kaum herzustellen, geschweige denn aufrechtzuerhalten. Trotz aller Hindernisse aber kam die Zusammenkunft und damit auch die Neuschöpfung dann doch zustande.

Leopold von Wiese über die damalige Eile:

„Besonders auf Anraten unserer amerikanischen Freunde entschlossen wir uns ... zu einer baldigen, noch vor Beginn des Wintersemesters vorzunehmenden Veranstaltung, ... um vor allem zu dokumentieren, daß wir wieder ‚da sind‘. Aufschub schien bei den heutigen Zeitläufen nicht angebracht. Gerade nach außen hin mußte dem Anschein entgegengetreten werden, als ob im heutigen Deutschland eine geistige Erschlaffung eingetreten wäre.“²⁾

Soziologie in der Schwarzmarktzeit

Am 5. und 6. April 1946 versammelten sich die in Deutschland zu jener Zeit noch anzutreffenden Gelehrten in Bad Godesberg zur Vorbereitung des ersten Nachkriegs-Soziologentages im Herbst des gleichen Jahres — der zugleich

der 8. Soziologentag seit Gründung der Gesellschaft im Jahre 1909 war. Geplant war dieser Soziologenkongreß bereits für den März 1933 in Kiel — zu Ehren Ferdinand Toennies' —, konnte dann aber nicht mehr stattfinden. Als Thema entschied man sich für die „Gegen-

¹⁾ Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages (Frankfurt 1946), Tübingen 1948, S. 4 f.

²⁾ A. a. O., S. 5.

wartsaufgaben der Soziologie". Mit dieser Fragestellung wurde bewußt an das wissenschaftliche Selbstverständnis der eigenen Vergangenheit angeknüpft, wonach die Soziologie immer auch — wenngleich wohltemperierte — Zeitdiagnostik zu betreiben hatte. Vor allem aber sollte mit diesem Motto die theoretische Nützlichkeit des eigenen Faches gerade in Umbruchzeiten demonstriert werden. Auch mit dieser Absicht setzte man eine bewährte Überlieferung fort, denn der auf den Zusammenbruch von 1918 folgende 3. Soziologentag in Jena 1922 hatte sich z. B. mit der ‚Revolution‘ als der damals drückendsten Zeitfrage befaßt. „Unter den versammelten Soziologen herrschte bei aller Gemeinsamkeit der Freude des Wiedersehens und ersten Beisammenseins gleichwohl eine Stimmung geladener Problematik“ — so faßte später einer der Anwesenden in Bad Godesberg, der Frankfurter Soziologe Heinz Saueremann³⁾, — die Atmosphäre der Versammlung zusammen.

Die „Stimmung geladener Problematik“ war freilich weniger tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zuzuschreiben, sondern betraf vielmehr die schwierigen Fragen der Organisation sowie überhaupt der alltäglichen Lebensbewältigung angesichts des herrschenden Mangels. Große Kontroversen jedenfalls blieben laut Leopold von Wiese bei diesem Planungstreffen im April 1946 aus:

„Ein kleines Häuflein Unverzagter folgte der Einladung nach Godesberg zur Beratung und Beschlußfassung. Die äußeren Bedingungen waren denkbar ungünstig. Es war schwer, bescheidene Unterkunft ... zu finden. Das Festmahl auf der Godesburg bestand in einer nicht leicht beschafften Erbsensuppe, die aber als Delikatesse von den Bankettgästen gewürdigt wurde. In vorbildlicher Harmonie schufen wir unsere knapp gehaltenen Satzungen. Wir fanden Ermutigung und Unterstützung durch den ... amerikanischen Erziehungsoffizier Professor Edward Hartshorne und bereiteten den 8. Soziologentag vor, der dann schon im September 1946 in Frankfurt am Main stattfand. Bei all dem hatten wir das begründete Gefühl, einsame Pioniere in unwegsamem Gelände zu sein. Anfänger auf dem unsicheren Pfade, auf dem wir zunächst weit und breit in Deutschland noch keine Weggenossen hatten.“⁴⁾

³⁾ A. a. O., S. 7.

⁴⁾ Verhandlungen des 10. Deutschen Soziologentages (Detmold 1950), Köln/Opladen 1951, S. 3.

Die mühevollen Vorarbeiten hatten Erfolg. Im September 1946 tagte tatsächlich als erster wissenschaftlicher Kongreß in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die dreitägige Soziologenversammlung in Frankfurt. Dank amerikanischer Vorkehrungen boten Verpflegung und Unterkunft diesmal keine Probleme mehr. Man konnte sich ganz der Sache widmen, den „Gegenwartsproblemen der Soziologie“ nämlich. Diese berührten zum einen innersoziologische Fachfragen, betrafen zum anderen aber auch die Probleme einer Rollenbeschreibung der Soziologie angesichts der zeitgeschichtlichen Anforderungen an die Wissenschaft im Allgemeinen. Beide Themenkreise standen in Frankfurt zur Debatte, und zwar sowohl, wenn über die damals zu verzeichnenden ‚sozialen Umschichtungen‘ diskutiert, als auch, wenn wenigstens beiläufig über die Funktion der eigenen Disziplin in Vergangenheit und Gegenwart gesprochen wurde.

Nimmt man das Protokoll dieses ersten Nachkriegs-Soziologentages zur Hand, so kann man sich freilich des Eindrucks nicht erwehren, daß die in Frankfurt versammelte sozialwissenschaftliche Intelligenz nicht nur einen arg verkürzten sozialen Problembegriff vertrat sondern auch, daß sie einem sehr verengten Gegenwartsbegriff huldigte. Am Beispiel der Kontroverse über die Rolle der eigenen Zunft in den historischen Umwälzungen der Epoche läßt sich das besonders eindringlich zeigen. Denn eine Rollenbestimmung der Soziologie könnte möglicherweise erhellen, ob — und wenn ja —, wieso dieses Fach den Fehlverlauf der jüngeren deutschen Geschichte mitbeeinflußt hat, und sei es nur in der Weise, daß die Soziologie ihrem oft erhobenen Anspruch auf gesellschaftliche Nützlichkeit nur analytisch blind und wissenschaftspolitisch hilflos nachzukommen mußte.

Bei einer Auslieferung der Soziologie an den Strom der politischen Geschichte stellt sich dann womöglich auch die Frage nach den methodischen oder auch weltanschaulichen Gründen für das fachspezifische Versagen. Und das wiederum führt zu Fragen, welche Stellung und Aufgaben sich Soziologie wie Soziologen eigentlich selbst im Verlauf der Zeit zadachten. In der Übergangsphase von 1946, die zugleich ein Neuanfang war, schien für Leopold von Wiese freilich dieser Fragenbereich ganz unproblematisch zu sein: „Wir können ohne Selbstüberhebung von der unbe-

dingten Notwendigkeit unserer Arbeit zeugen, und wir können damit rechnen, daß das Verständnis für die Notwendigkeit dieser Arbeit zu keiner Zeit größer sein konnte als jetzt. Wer eine recht verstandene und deutlich umgrenzte Soziologie für überflüssig hält, weiß nicht, was die Stunde verlangt, und er versteht nichts von der Mahnung der Geschichte.“⁵⁾

Hatte es aber nicht auch im gerade erst unter Aufwendung fast der gesamten Weltkräfte niedergedrungenen Dritten Reich eine Art recht verstandene und deutlich umgrenzte Soziologie“ gegeben? Und was hatten die Sozialwissenschaftler eigentlich in der Weimarer Republik geleistet? Hatten sie selbst damals die „Mahnung der Geschichte“ recht verstanden? Die Suche nach der historischen Rolle und sozialen Leistung der eigenen Wissenschaft — die dem Soziologentag in Frankfurt 1946 gut zu Gesicht gestanden hätte — hat dabei einen biographischen und einen funktionalen Aspekt. Was die Soziologen der unterschiedlichen Richtungen sich und der eigenen Disziplin jeweils zutrauten, ist ja keineswegs mit dem kulturellen Einfluß dieses Faches oder auch nur mit seinen objektiven Aufforderungen deckungsgleich. Der Druck sozialer Probleme, der einst der Soziologie als Wissenschaft ins Leben half, kann in unsicheren Zeiten ganz andere theoretische Vorleistungen verlangen, als die Zunft bei ihren Diadochenkämpfen vielleicht gerade diskutiert.

Anders formuliert: Eine soziologische Beleuchtung etwa der Schichtzugehörigkeit professioneller Soziologen oder auch ihrer politischen Werthaltungen in kontroversen historischen Momenten kann verdeutlichen, daß selbst die ‚berufenen‘ Beobachter gesellschaftlicher Vorgänge trotz aller hier einmal unter-

stellten wissenschaftlichen Aufgeschlossenheit ihrerseits auch nur *die* Ausschnitte der sozialen Wirklichkeit wahrzunehmen pflegen, die sie sich willentlich aussuchen. In einer Untersuchung über die „Soziologie in der Eremitage“ hat die Soziologin Renate Mayntz auf eine wichtige Ursache solcher Engstirnigkeit aufmerksam gemacht: „Die Mittelklassenlage der meisten Soziologen und ihre Berufsrolle ... bedingen, daß sie weder selbst ein großes Maß effektiver Macht besitzen, noch umgekehrt von ihr in bedrückender Abhängigkeit stehen. Sie vernachlässigen das Phänomen der Macht, weil sie mit ihm in seinen krasserer Spielarten selten in enge Berührung kommen.“⁶⁾

Auch Selbstverständnis und Rollenzuweisung der Soziologie unterliegen dem historischen Wandel. Sie sind dabei eingebunden in die ideologischen und sozialen Auseinandersetzungen der jeweiligen Epoche. Über vielfältige Diffusionsprozesse beeinflussen die Soziologen als intellektuelle Kulturträger ihrerseits aber auch in unterschiedlich großem Ausmaß ihre Gegenwart. Die Soziologie war und ist mithin Ausdruck, oft kritischer Ausdruck, selten aber ausdrückliche Kritik der politisch wechselnden Zeitläufe. Und solche unreflektierte Wertübernahme des tagespolitisch Gängigen durch die Soziologen beziehungsweise durch ihr Fach kann zuweilen soweit gehen, daß auch jede wissenschaftliche Distanz oder Neutralität verloren geht. Welche Folgen eine derartige Einvernahme auf die Produktivität der Soziologie als Instanz für die soziale Selbstanalyse einer Gesellschaft haben kann, das führt schlaglichtartig der Diskussionsverlauf des Nachkriegs-Soziologentages von 1946 vor Augen.

Weitermachen wie bisher

Soziologie dazu einen spezifischen Beitrag zu leisten? Ergab sich aus dem besonderen Gegenstand der Soziologie möglicherweise auch die spezielle Befähigung oder auch Pflicht, negative, etwa undemokratische Strukturelemente oder Einstellungen aufzudecken und in

Zu den dringlichen Aufgaben einer ‚Gegenwartsanalyse‘, die man sich 1946 vorgenommen hatte, gehörte in engerem Sinne auch die Aufarbeitung der Rolle, die die eigene Disziplin vor und nach 1933 gespielt hatte. Erst aus einer derartigen Bestandsaufnahme ließen sich vielleicht auch Impulse für das zu planende Verhalten im demokratischen Neuerungsprozeß nach 1945 gewinnen. Hatte die

⁵⁾ Renate Mayntz, Soziologie in der Eremitage? Kritische Bemerkungen zum Vorwurf des Konservatismus der Soziologie (1961), in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1966, S. 526—541, hier S. 529.

⁶⁾ Verhandlungen 1946 (Anm. 1), S. 10.

ihren schädlichen Folgen anzuprangern? Und hatte die Soziologie in der Vergangenheit ihre Befähigung zur innergesellschaftlichen Aufklärung wirklich unter Beweis gestellt? Oder war sie — wie andere Universitätsfächer auch — blind, hilflos oder gar begeistert in den Sog des Totalitarismus geraten?

Fragen über Fragen türmten sich 1946 auf, allerdings keineswegs nur vor den Soziologen. Bedauerlicherweise aber wurde, trotz des Anspruchs, mit dem man angetreten war, keine dieser Fragen in Frankfurt diskutiert, geschweige denn beantwortet. Das Dritte Reich schien überhaupt nicht stattgefunden zu haben. Jener Mythos der ‚Stunde Null‘ beherrschte den Saal. Als gäbe es keine ursächlichen Zusammenhänge aufzuklären, verbannte der neue Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Leopold von Wiese, die Vergangenheit mit den Worten: „Um nicht . . . alte Wunden aufzureißen, verzichte ich auf die Schilderung der dramatisch betrübenden Geschehnisse jener Jahre“⁷⁾ als emotional bedrückend aus der Tagesordnung.

War diese Haltung aus dem Selbstverständnis des Faches heraus vertretbar, so menschlich verständlich sie war? Wie in allen anderen Disziplinen so auch in der Soziologie „deckte nach 1945 das große Schweigen alles zu“, wie Ernst Topitsch⁸⁾ die Lage kennzeichnete. Auch unter den Soziologen in Frankfurt galt stillschweigend die Übereinkunft einer für die Nachkriegszeit üblichen Weißwäscherei. „Alles ist wie ausradiert“, kommentierte einst Harry Graf Kessler die Lage in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, „nur nicht der Knick in der Wirbelsäule“⁹⁾. Warum sollte es diesmal anders sein? Wie dem auch sein mochte: Für die Soziologie gab es keine ‚unbewältigte Vergangenheit‘, so von Wiese, weil es einfach nichts zu bewältigen gäbe. Über die Herkunft, den Verlauf und die Wunden, die der Faschismus auch der eigenen Disziplin geschlagen hatte, schwieg man beredt.

Zu pauschal entlastete in diesem Sinne Leopold von Wiese vor versammeltem Forum ein für allemal sein Fach: „Ich glaube nicht, daß es gerecht oder auch nur sinnvoll wäre, von ei-

nem Versagen der Soziologie zu sprechen. Platos Traum, daß die Philosophen Könige sein sollten, hat sich nur sehr selten verwirklicht, und Auguste Comtes Traum, daß die Soziologen die Welt regieren möchten, ist fast ein Scherz geblieben.“¹⁰⁾

Gott sei Dank, sollte man hinzufügen, betrachtet man die irrealen Welt der späten Sozialtheologie bei Comte oder auch die oft heillose Abgehobenheit heutiger soziologischer Systemphantasien. Gleichwohl aber trifft die bescheidene Einschätzung soziologischer Einflüsse auf den politischen Raum nicht zu, die von Wiese hier als Entschuldigung anführt. Vielmehr hat die Soziologie — wenn auch oft noch unter anderem Namen und über vielerlei Umwege — in der industriellen Neuzeit eine erhebliche Rolle gespielt, was nicht zuletzt gegen den erbitterten Widerstand älterer Universitätsfächer zu ihrer Institutionalisierung geführt hat. Die akademische Welt erkannte schon frühzeitig in der Rahmenabsteckung der Soziologie eine Bedrohung eigener Besitzstände. Auch an der gleichsam kultursoziologischen Wirkung der Sozialwissenschaft als Ausdruck und Interpret der sich rasch wandelnden Industriegesellschaft ist ihr wachsender Einfluß zu erkennen.

Ein Rückblick macht deutlich, wie gründlich die soziologische Sichtweise die wechselnden Gesellschaftsbilder der Neuzeit durchwürgt hat. Großenteils in trivialisierter Form, aber bis in ihre Träume hinein spürbar, hat die industrielle Gegenwart von der Soziologie Erklärungs- und Kontrollhilfen abgeleitet. Die ursprüngliche Nähe von Soziologie und Sozialismus vermag das ebenso anzudeuten wie die für das Gedeihen der konfliktuellen Wirtschaftsgesellschaft so entscheidende sozialpolitische Lernfähigkeit der wechselnden Systemeliten. Ohne soziologische Fingerzeige hätten sich die Industriegesellschaften auf Dauer nicht stabilisieren — und damit nicht entwickeln — lassen, weil sie mutmaßlich ihren selbstproduzierten Problemen nicht beigegeben wären. So versteht sich die Soziologie auch nicht nur als ureigene Wissenschaftsfrucht der bürgerlichen Neuzeit, sondern wollte zu Zeiten mit einem gewissen Recht auch in Nachfolge von Theologie und Philosophie die Aufgabe einer Orientierungswissenschaft übernehmen. Zwar haben sich Comtes Visionen nicht verwirklicht, die er seinem

⁷⁾ Verhandlungen 1946 (Anm. 1), S. 3.

⁸⁾ Ernst Topitsch, Demokratie ohne metaphysische Begründung, in: Die Zeit, 13. September 1963, S. 20.

⁹⁾ Tagebücher 1918—1937, hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt am Main 1961, S. 27.

¹⁰⁾ Verhandlungen 1946 (Anm. 1), S. 11.

Vorbild Saint-Simon ablauschte, wonach schleunigst Soziologen an die Schalthebel der Macht gelangen sollten, um alles — selbstredend streng wissenschaftlich — zum Guten zu wenden.

Gleichwohl ist es zutreffend, daß spätestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die leitenden Bürokratien der entwickelten Industriegesellschaften im weitesten Sinne soziologisch dachten, ja argumentieren mußten, wenn sie ihr Staatsschiff nicht auf Grund laufen lassen wollten. Soziologische Sensibilität gehört mithin ebenso notwendig zur Moderne wie die Elektrizität. Und genau diese fast symbiotische Verschmelzung wird unterstellt, wenn konservative Stimmen wie der Tübinger Soziologe Friedrich Tenbruck¹¹⁾ in kulturpessimistischen Tönen vor den sozialwissenschaftlichen Neurosen von heute warnen: „Wie ein gefährlicher Fremdkörper hat sich soziologisches Wissen in die Köpfe der Menschen, in die Einrichtungen der Gesellschaft, in den geistigen Haushalt der Nationen und in unser Weltbild hineingefressen.“

Die Frage nach der politischen Bedeutung der Soziologie im historischen Wandel kann also keineswegs mit dem schlichten Hinweis auf ihre — vielleicht institutionelle — Wirkungslosigkeit abgetan werden. Der Frage muß vielmehr in allen Einzelheiten inhaltlich nachgegangen werden: Welche Gegenwartsanalysen erstellen die Soziologen konkret? Wie haben sie sich jeweils gegenüber den Machtkonstellationen ihrer Zeit verhalten? Untersuchten und deuteten sie politische Fehlentwicklungen? Oder hielten sie beizeiten den Mund? Für den Nachkriegs-Soziologentag, von dem hier die Rede ist, gehörte in diesem Zusammenhang mit Notwendigkeit auch die Frage nach der Haltung der deutschen Soziologen vor 1933, nach 1933 und damit eben dann auch: nach 1945 zum Thema! Sollte oder wollte man wirklich weiterhin — wie Max Graf Solms es 1945 unverzagt verkündete¹²⁾ — ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen und Wirkungen soziologischer Denkweisen vor sich hin forschen, nach dem Motto: „Als Denker und Forscher sind wir gegen alle Folgen, alle Folgerungen aus unseren Gedanken und Forschungen gleichgültig.“?

¹¹⁾ Friedrich Tenbruck, Die Gesellschaftswissenschaften stürzen die Gesellschaft ins Abenteuer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. März 1979, S. 6.

¹²⁾ Verhandlungen 1946 (Anm. 1), S. 82.

Mit den politischen und sozialen Gegebenheiten haben Soziologen demnach nur praxisabgehoben zu tun. Genau im Sinne dieser Wissenschaft im Elfenbeinturm, die in Frankfurt unwidersprochen blieb, konnte aber Leopold von Wiese im weiteren die „deutsche Soziologie“ freisprechen, auch diejenigen Soziologen, die sich nach 1933 durchaus aktiv im „neuen Staat“ eingesetzt hatten. In einer larmoyanten Rechtfertigungsschrift „Ex captivitate salus“ (Köln 1950) hat auch Carl Schmitt — und nicht nur er! — dieser Taktik des Reinwaschens durch Erklärungen der Unzuständigkeit höhere moralische Weihen zu verleihen gesucht. Ganz im Sinne dieser Verdrängung wurde damals in Frankfurt dann auch Heinz Maus als Nestbeschmutzer gerügt, da er als einziger Teilnehmer geäußert hatte, die deutsche Soziologie habe schon deswegen versagt, weil sie auch vor 1933 das Phänomen des Faschismus wissenschaftlich vernachlässigt hätte: „Der Prozeß der Faschisierung, der sich längst andeutete und der allerdings zur Versklavung fähig war, ist von der offiziellen Soziologie in Deutschland niemals beachtet, geschweige denn beobachtet worden“¹³⁾;

Diese Kritik blieb ohne Widerhall. Der neue Präsident der Soziologengesellschaft, die sich so mutig vorgenommen hatte, über Rolle und Gegenwartsaufgaben der Soziologie zu sprechen, nannte diesen Tadel „unbedacht“ und erläuterte dann, daß die damaligen Soziologen mit Absicht „die Terminologie der praktischen Politik vermieden hätten“, um der seinerzeitigen Gegenwart auf angemessen akademische Art und Weise entgegentreten zu können¹⁴⁾. Es nimmt daher kaum Wunder, daß man 1946 auch wieder bloß auf solch würdig-verhaltene Weise der Gegenwart nahetreten wollte. In dem über 200 Seiten umfassenden Verhandlungsprotokoll von 1946 wird nur an einer einzigen Stelle überhaupt etwas zum Verhalten gegenüber dem Erbe des Faschismus nach 1945 gesagt. Nur der Münsteraner Rechtssoziologe Jürgen von Kempfski forderte, wenn auch keine soziologische Aufarbeitung des politischen Debakels, so doch wenigstens eine handfeste Abrechnung mit dem Nationalsozialismus: „Daß diejenigen, die die Welt und uns ins Unglück gestürzt haben, die als Mordbrenner in Europa hausten, verdienten, an den höchsten Baum gehenkt oder mit einem Mühl-

¹³⁾ A. a. O., S. 43.

¹⁴⁾ A. a. O., S. 55.

stein um den Hals dort im Meere, wo es am tiefsten ist, ersäuft zu werden, ist klar.“¹⁵⁾

Daß dies aber keineswegs klar war, beweist der erschreckende Mangel eines verantwortungsvollen Problem- und Zeitbewußtseins unter den versammelten Soziologen in Frankfurt. Die meisten werden von solchen offenen Worten eher peinlich berührt gewesen sein. Die allgemeine Stimmung war eben ganz anders. Man hatte sich als Fach nichts zu Schulden kommen lassen — vor und nach 1933. Man hatte nicht versagt, wie böse Zungen meinten. Und nun wollte man unter der dankbar begrüßten amerikanischen Kuratel endlich von neuem mit seinem Glasperlenspiel beginnen. Und weil man ja mit sauberen Händen da stand, konnte es einem doch niemand verdenken, daß man nahtlos an die soziologischen Traditionen und ihre wissenschaftstheoretischen Grundmuster anknüpfen wollte, als gäbe es tatsächlich nichts aufzuarbeiten. So sparte man eben auch die Fehlwege der letzten zwölf Jahre aus, trotz der schreienden Notwendigkeit ihrer Klärung.

Daß die Zeit des Nationalsozialismus weder wissenschaftsgeschichtlich so glatt zu übergehen war, noch ein derartiges Verschweigen wissenschaftspolitisch ohne Folgen bleiben konnte, das zeigte bereits der folgende Soziologentag 1948 in Worms mit aller Deutlichkeit. Nach dem Übersehen der Ursachen und Folgen des Dritten Reiches erstanden in der Soziologie — wie übrigens im deutschen Alltag allgemein — auf den Trümmern der deutschen Geschichte bald wieder Teile der alten Identität. Das beweist nicht allein die Rückkehr der meisten engagiert-nationalsozialistischen Soziologen auf universitäre Lehrstühle. Das verdeutlichen beispielhaft auch die Auslassungen des Marburger Staatssoziologen Heinrich Herrfahrdt 1948 in Worms. Unwidersprochen erläuterte Herrfahrdt der anwesenden Gelehrtenversammlung, daß der Nationalsozialismus in Wahrheit eine Art Idealismus gewesen sei, der nur durch einige verbrecherische Elemente mißbraucht wurde. Dieser Diskussionsbeitrag aus Worms soll ausführlich wiedergegeben werden. Er verweist nicht nur auf die innersoziologischen Folgen der unterdrückten Vergangenheitsbewältigung. Derartige Argumente sind heute noch auf der Straße zu hören:

„Die Zustimmung, die die Gewaltmaßnahmen der NSDAP bei einem großen Teil des deutschen Volkes gefunden haben, ist nur erklärlich, wenn man die idealistischen Grundlagen der Bewegung, die Vorstellungen von geschichtlicher Sendung in Rechnung stellt. Bei Gesprächen mit Nationalsozialisten über Konzentrationslager und dergleichen fand man kaum jemals eine Bejahung brutaler Methoden als solcher. Sehr verbreitet war aber die Antwort: ‚Unser Ziel ist eine wahre Volksgemeinschaft. Um sie zu erreichen, müssen wir die Hetzer mit Gewalt niederhalten ... Ist einmal das ganze Volk durch die nationalsozialistische Erziehung hindurchgegangen, dann werden wir keine Konzentrationslager mehr brauchen‘. Solche Auffassungen waren nicht bloß Phrasen ... Die kleine Schar verbrecherischer oder moralisch minderwertiger Elemente im Nationalsozialismus hätte nicht eine solche Rolle spielen können, wenn die Masse der anständigen Nazis nicht in einer dem religiösen Fanatismus früherer Zeiten vergleichbaren Weise an ihre geschichtliche Sendung geglaubt hätte ... Wir können daher auch heute den Nationalsozialisten, der für eine wahre Volksgemeinschaft kämpfen wollte, nicht gewinnen, wenn wir unterschiedslos alle Nazis als Verbrecher oder Verführte behandeln. Wird der idealistische Nationalsozialist heute durch Bedrohung ... genötigt, dem Nationalsozialismus abzuschwören, so bleibt das innerlich unwahr. Wir können ihn nur überzeugen, wenn wir ihm bessere Wege weisen, das Ziel der Volksgemeinschaft zu verwirklichen.“¹⁶⁾

Es sollte fast zwanzig Jahre dauern, bis die Haltung der deutschen Universitäten und damit auch die Rolle der Soziologie zum Gegenstand öffentlicher Debatten wurde. Erst die Studentenbewegung hat auf die Klärung der Zusammenhänge von Machtinteressen, Sozialtheorien und Tendenzen zur Entdemokratisierung gedrängt. Bis dahin waren freilich die bald nach 1945 wieder avancierten Spitzensoziologen des Dritten Reiches wie Hans Freyer, Karl Heinz Pfeffer, Karl Valentin Müller oder auch Arnold Gehlen — um nur einige wenige zu nennen — zumeist längst emeritiert oder gestorben. Das Problem der biographischen Kontinuität hatte sich derart vielleicht erledigt, bestehen blieb aber das der fachlichen

¹⁵⁾ A. a. O., S. 147.

¹⁶⁾ Verhandlungen des 9. Deutschen Soziologentages (Worms 1948), Tübingen 1949, S. 134.

Kontinuität. Diese zeigte sich in der ungebrochenen gesellschaftspolitischen wie wissenschaftstheoretischen Gleichgültigkeit — mithin auch Anfälligkeit — gegenüber rechts-

oder linksradikalen Ideologien und eben auch gegenüber dem Nationalsozialismus, welche die Soziologie noch nach 1945 an den Tag legte. Wie war das möglich?

Soziologie im Faschismus

Wenn schon nach 1945 eine Verarbeitung der eigenen Irrwege zugunsten eines scheinbar unbeschwerten Neubeginns verworfen wurde, so war doch, auf den ersten Blick jedenfalls, der Bruch mit der soziologischen Normalität nach 1933 um so bemerkenswerter. Das drückte etwa der brutale Tatbestand aus, daß ein Großteil der bekannteren deutschen Soziologen der damaligen Zeit, wie Alfred Meusel, Paul Honigsheim, Max Horkheimer, Götz Briefs, Theodor Geiger oder Karl Mannheim, außer Landes getrieben wurden. Von den 55 haupt- und nebenamtlich beschäftigten Vertretern der Soziologie an den deutschen Hochschulen waren — laut bisherigem Kenntnisstand — nach den „Säuberungswellen“ und der 1938 abgeschlossenen „Gleichschaltung“ der Universitäten nur noch 16 als Dozenten tätig. Und doch: Der in der Literatur einhellig vermittelte Eindruck, dieser Exodus beweiße, in Deutschland habe nach 1933 keine Soziologie mehr stattgefunden und dieser Auswanderungsprozeß belege schlagend die Unverträglichkeit von Nationalsozialismus und Soziologie, — dieser Eindruck trägt. Denn weder wurde die Soziologie in Deutschland verboten, noch läßt sich aus den angeführten Vertreibungsziffern ableiten, daß alle Emigranten auch politische Gegner der Entwicklung im Lande gewesen seien, wengleich sie deren Opfer wurden, da sie zumeist aus sogenannten „rassischen“ Gründen auswandern mußten.

Auch die Übergangsphase vor und nach 1933 ist wesentlich vielschichtiger, als sie auf den ersten Blick erscheint. Bei genauerer Betrachtung kann gerade dieses historische Wechselbad die besonderen kulturellen und politischen Schwächen der sozialwissenschaftlichen Intelligenz verdeutlichen. So zeigt sich hier etwa, wie tief das soziologische Fachdenken in die jeweilige Nationalkultur eingebunden ist. Sichtbar wird auch, daß selbst anscheinend hochabstrakte Methodenfragen, die für die Selbstfindung der Soziologie als Wissenschaft durchaus eine beachtliche Rolle gespielt haben mögen, zumeist durch außerwissenschaftliche und umweltbezogene Motive

vermittelt sind. Selbst jene einst von Max Weber der deutschen Soziologie mit auf den Weg gegebene „Werturteilsenthaltbarkeit“, die Erwin Scheuch noch immer mit den Worten: „Ich bin agnostisch gegenüber dem Charakter der Gesamtgesellschaft!“ positivistisch vertritt¹⁷⁾, selbst diese Haltung hatte und hat ja soziale Gründe, ebenso wie auch erhebliche politische Folgen^{17a)}.

Was der deutschen Soziologie 1933 tatsächlich passierte — und darin erging es ihr nur wie allen anderen normativen Disziplinen mit Praxisbezug —, das war der neuerhobene Anspruch des Staates, sie solle sich gefälligst im Sinne der „neuen Zustände“ rasch und sichtbar nützlich machen. Die Soziologie war unter dem Hakenkreuz keineswegs als theoretisches Werkzeug verpönt, sie geriet nur in ihrer — wie es damals hieß — „intellektualistischen und individualistischen“ Form unter Ideologieverdacht. Daß die Nationalsozialisten gegen eine parteiliche und praktikable Gesellschaftswissenschaft grundsätzlich

¹⁷⁾ Zit. Die Zeit vom 26. April 1968, S. 18.

^{17a)} Da die Alternative eine unreflektierte „Parteilichkeit“ wäre, ist das methodische Bemühen um „Wertungsfreiheit“ (Max Weber) als Voraussetzung jeder wissenschaftlichen Leistung evident. Wird dies methodologische Prinzip aber überdehnt, indem es beispielsweise das Theorie-Praxis-Verhältnis bestimmen soll, dann gedeiht es oft selbst zu *positivistischer Parteilichkeit*.

Wissenschaftsgeschichtlich wurde daher der Begriff der Werturteilsfreiheit oft zur Apologie jeweils herrschender Gegebenheiten oder aber zur Begründung für Handlungsabstänze mißbraucht. So hat die „Werturteilsenthaltbarkeit“ auch in der Soziologie eine durchaus zwiespältige Rolle gespielt. Der 1909 ausbrechende „Werturteilsstreit“ richtete sich gegen das praktische Sozialengagement und damit auch gegen die Integrationsaufgabe der Soziologie, wie sie von der älteren Tradition vertreten worden war (vgl. Ludwig Stein, Wesen und Aufgabe der Sociologie, Berlin 1898, S. 33f.). Das Ausscheiden der Sozialpolitik aus dem Problembewußtsein einer „soziologischen Kulturwissenschaft“ (Weber) war eine notwendige Folge. Überdies zog die Absage an das „Hineinmengen des Seinsollens in wissenschaftliche Fragen“ (Weber) geradezu einen „Wertnihilismus“ nach sich, da angesichts des von Max Weber unterstellten Polytheismus „letzter Werte“ nicht wissenschaftlich über die Zusammenhänge von „Erkenntnis und Interesse“ zu diskutieren war.

nichts einzuwenden hatten, das mag exemplarisch eine historische Kuriosität andeuten:

Als sich Adolf Hitler 1932 gegen Hindenburg um die Reichspräsidentenschaft bewerben wollte, benötigte er rasch die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Einbürgerung Hitlers war bereits einmal 1930 in Thüringen mißlungen, weil der Führer es für unter seiner Würde hielt, als Gendarmerie-Kommissar in Hildburghausen aufzutreten, um Deutscher werden zu dürfen. Nun versuchte es der NS-Minister Dietrich Klagges erneut im kleinen Freistaat Braunschweig, den er mitverwaltete. Diesmal hatten die Nazis einen angesehenen Posten für ihren Parteichef im Auge. Der Führer sollte zum außerordentlichen Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ — mit anderen Worten also für Soziologie — an der TU Braunschweig ernannt werden. In einer amtlichen Aufzeichnung von Mitte Februar 1932 heißt es: „Wie mir mitgeteilt wird, würde Herr Schriftsteller Adolf Hitler, München, Prinzregentenplatz 16/II, bereit sein, einen derartigen Ruf anzunehmen.“¹⁸⁾

Hitler wurde dann am Ende doch kein Soziologe, sondern Regierungsrat im Landeskultur- und Vermessungsamt „mit Sonderaufträgen der Regierung“ bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin. Aber die Tendenz wird deutlich: Gegen die Gesellschaftswissenschaft als solche bestand keine Animosität, eher umgekehrt, man benötigte sie dringend zur Durchplanung der braunen Gesellschaft, wie es viele Vorhaben der damaligen Zeit verdeutlichen. Freilich wollte man eine handzahme Soziologie, eine totalitäre Wissenschaft im Sinne jener Leitdefinition von Josef Goebbels, die für alle Zweige am Baum der Wissenschaft galt: „Die Wissenschaft hat nur das Recht, aus den bestehenden Zuständen eine neue Gesetzmäßigkeit herauszulesen, und darum ist der durch eine Transponierung unserer nationalsozialistischen Gesetzmäßigkeit entstandene Zustand — Gesetz. Er stellt einen neuen Normalzustand für das Volk dar und entzieht sich der wissenschaftlichen Kritik.“¹⁹⁾

Noch deutlicher hat Hitler die beabsichtigte Indienstnahme der Wissenschaften mit einer

¹⁸⁾ Vgl. Dokument Nr. 6 bei Rudolf Morsey, Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 8, 1960, S. 419 ff., hier S. 431.

¹⁹⁾ Wesen und Gestaltung des Nationalsozialismus, Berlin 1934, S. 12.

antiintellektuellen Verwerfung ihrer bisherigen Formen verbunden, wobei vornehmlich die Geistes- und Sozialwissenschaften betroffen waren, bei denen sich durch die Verflechtung von Gegenstand und Beobachter von selbst gesellschaftspolitische Wertungen einstellten: „Der Gedanke einer freien, voraussetzungslosen Wissenschaft konnte nur im Zeitalter des Liberalismus auftauchen. Er ist absurd. Mit dem Schlagwort von der ‚objektiven Wissenschaft‘ hat sich die Professorenschaft nur von der sehr nötigen Beaufsichtigung durch die staatliche Macht befreien wollen.“

Nach 1933 hatte keine Wissenschaft mehr Bestand, die nicht „systemkonform“ auftrat. Die „Freiheit der Wissenschaften“ galt als Steckpferd „akademischer Dunkelmänner“, die laut Alfred Rosenberg²⁰⁾ sowieso nur ihren Privatanschauungen einen „Anstrich von allgemeingültigen Leitsätzen“ verleihen wollten. Solche Haltung war parasitär und darum politisch riskant, so die Argumente. Wer die „Gleichschaltung“ nicht mochte, konnte ja gehen. Derartige Unterwerfungsforderungen mußten dabei in der Soziologie härter als etwa in der Byzantinologie durchschlagen, wie der Frankfurter Soziologe Heinz Marr 1934 durchblicken ließ: „Schwierig ist die heutige Lage besonders für den Soziologen, denn sein geistiges Wirken ist notwendig ... ‚gegenwartsbezogen‘. Man kann ihn nicht, wie den Historiker, auf ein Gestern verweisen, auch nicht auf ein Morgen, das nunmehr ausschließlich dem Politiker überantwortet ist, da des Soziologen besondere Aufgabe gerade darin liegt, das Heute und Hier denkend zu erfassen.“²¹⁾

Nicht die Beseitigung der Gesellschaftswissenschaften war also beabsichtigt, wohl aber eine „Ausmerzungen“ ihrer bisherigen Inhalte und Formen. „Die Wirklichkeit läßt sich nicht erkennen, sie läßt sich nur anerkennen.“²²⁾

Diese einprägsame Kurzformel von Ernst Forsthoff aus dem Jahr 1933 bringt die wissenschaftstheoretische Ausgangslage der damaligen Soziologie auf einen Nenner. Für das soziologische Gewissen wirkte dabei die Haustradition einer „Werturteilsenthaltbarkeit“

²⁰⁾ Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltkämpfe unserer Zeit (1930), München 1942, S. 119.

²¹⁾ Heinz Marr, Die Massenwelt im Kampf um ihre Form, Hamburg 1934, S. 537.

²²⁾ Ernst Forsthoff, Das Ende der humanistischen Illusion, Hamburg 1933, S. 25.

durchaus entlastend, die etwa Heinz Marr zur gleichen Zeit mit dem Satz umschrieb, der Soziologe müsse derzeit „ein Optimum an Abichtslosigkeit mit einem Maximum an Teilnahme“²³⁾ vereinigen lernen. Diese ‚Urteilsenthaltlichkeit‘ konnte der soziologischen Lehrmeinung in Deutschland in der Nachfolge von Max Weber auch in garstigen Zeiten nicht so schwerfallen. Hatten sich die deutschen Soziologen nicht einst geradezu geschworen, nur das zu untersuchen, was bestand, und auf keinen Fall das zu erörtern, was sein sollte? Ferdinand Tönnies — der übrigens 1932 aus Protest gegen die irrationale Zeitströmung der SPD beitrug (während zur gleichen Zeit Theodor Geiger sicherheitshalber die Sozialdemokraten wieder verließ) — hatte dem jungen Fach dies wissenschaftstheoretische Programm auf dem 1. Soziologentag 1910 in Frankfurt ausdrücklich mit auf den Weg gegeben:

„Wir wollen als Soziologen uns nur beschäftigen mit dem was *ist*, und nicht mit dem, was nach irgendwelcher Ansicht, aus irgendwelchen Gründen *sein soll*. Unser nächstes Objekt ist die gegenwärtige Wirklichkeit des sozialen Lebens in ihrer unausmeßbaren Mannigfaltigkeit.“²⁴⁾

Dieses selbstauferlegte Leitpostulat erlaubte nun beides: Einmal die hehre Abstinenz von allen gesellschaftlichen Vorgängen, zum anderen eben aber auch die Anpassung — an die jeweils bestehenden Zustände, auch an die im Dritten Reich herrschenden Voraussetzungen. Eigene, soziologisch tragfähige Kriterien zur Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Beschaffenheit hatte die Soziologie in Deutschland sich ja selbst untersagt! Der beschriebene Exodus vieler einflußreicher Soziologen hatte daher zwar oft objektive Gründe, jedoch nicht unbedingt auch subjektive Motive. Immerhin mißfiel vielen, gerade auch konservativ eingestellten Wissenschaftlern der rüde Stil, mit dem nach 1933 an den und mit den Universitäten umgesprungen wurde. Martin Heideggers berüchtigte Freiburger Rede über „Die Selbstbehauptung der deutschen Universität“ bei der Rektoratsübernahme am 27. Mai 1933 kann solchen Abscheu ebenso einflößen wie — um nur diese Beispiele anzuführen — die „Führung“ der Hamburger Universität durch den

Historiker Gustav Adolf Rein, für den „dieses Volk in seinen Hochschulen keine Feinde und keine Fremdlinge dulden durfte“, wie es in seiner Rektoratsrede vom 5. November 1934 hieß. So hatte man sich „die kommenden Dinge“ (Rathenau) nicht vorgestellt, als man in seinen Studierzirkeln über einen charismatischen Zauberlehrling nachsann, der Deutschland aus seiner gegenwärtigen Schmach und inneren Zerrissenheit erlösen sollte. Aus diesem Blickwinkel also täuschen die so häufig ins Feld geführten Emigrantenzahlen ganz einfach. Die Soziologie war keineswegs außer Landes gegangen.

Die Emigrantenzahlen lassen sich durch eine nicht minder eindrucksvolle Liste von zurückgebliebenen Soziologen relativieren. Genannt seien hier nur unter anderen Alfred Vierkandt, Johannes Plenge, Hans Freyer, Werner Sombart, Leopold von Wiese, Arnold Gehlen, Carl Brinkmann, Franz Wilhelm Jerusalem, Gunther Ipsen, Max Graf zu Solms oder auch Hans Lorenz Stoltenberg. Bei genauerer Prüfung stellt sich überdies heraus, daß die Soziologie, wenn auch oft unter anderer Bezeichnung, während des Dritten Reiches in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Planung, Ordnungssicherung oder auch ‚Sinnstiftung‘ voll in das System eingebunden worden ist*). Somit traf zu, was der Hamburger Soziologieprofessor Andreas Walther rückblickend im Jahre 1939 schrieb: „Das Paradeferd der deutschen Soziologie des letzten Jahrzehnts vor dem Umbruch, das gescheite Theoretisieren, ist mit vielem Entarteten sonst in der nationalsozialistischen Revolution versunken ... Das intellektualistische Theoretisieren hatte besonders viele Juden¹⁾ auf das soziologische Feld gezogen. Die dem Nationalsozialismus ablehnend Gesinnten wurden restlos ‚erfaßt.‘“²⁵⁾

Gleichzeitig erhielt die neue ‚deutsche Soziologie‘, die sich theoretisch erst noch genauer bestimmen wollte, umgehend praktische Aufgaben zugewiesen. Das verdeutlicht eine exemplarische Dissertation der damaligen Zeit, die der Rumäne Anton Golopentia 1936 bei Freyer und Gehlen in Leipzig über ‚Die Information der Staatsführung und die überlieferte Soziologie‘ anfertigte. In ihr weist der

*) Ein fachhistorischer Schwerpunkt am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster beschäftigt sich mit dieser sozialtechnologischen Rolle der Soziologie im Dritten Reich.

²⁵⁾ Die neuen Aufgaben der Sozialwissenschaften, Hamburg 1939, S. 34 und 35.

²³⁾ Heinz Marr, Die Massenwelt, a. a. O., S. 537.

²⁴⁾ Verhandlungen des 1. Deutschen Soziologentages (Frankfurt 1910), Tübingen 1911, S. 23.

Verfasser seiner Wissenschaft neue Tätigkeitsfelder zu, nachdem er ausführlich ergründet hat, wieso die bis vor kurzem andauernde „Epoche der Liberalität“ die traditionelle „Soziologie zum Mittel ohne Zweck“²⁶⁾ hatte herunterkommen lassen: „Die Aufgabe der Soziologie ... ist es, dem Herrscher im Gang durch jeweils Neues hindurchzuhelfen, die Führung des Staates zu ermöglichen. Sie muß mittels früherer Erfahrungen nach Möglichkeit über das im nächsten Augenblick Fällige orientieren und in diesem Gange ihren Vorrat an Erfahrungen pflegen, das nicht mehr Brauchbare herauskämmen, Neuhinzugekommenes einflechten.“²⁷⁾

Die Soziologie als Observations- bzw. Informationswissenschaft im Sinne einer praktikablen Führungsberatung war nach 1933 sehr wohl gefragt. Das setzte freilich in der Tat eine gewisse Abkehr von der bevorzugten Distanz der Soziologen zur Gegenwart voraus. Diese — wie es damals hieß — ‚Umkehr der Wissenschaft‘ kam unmißverständlich auf dem nationalsozialistischen Soziologentreffen Anfang Januar 1934 in Jena zum Ausdruck, zu dem mit der erklärten Absicht einer „Zusammenfassung der antiliberalen Kräfte“ in einem Rundschreiben vom 23. Dezember 1933 eingeladen worden war.

Unter ‚Führung‘ des neuen Frankfurter Universitätsrektors Ernst Kriek, Pädagoge seines

Zeichens und zugleich Obmann des ‚Amtes für nationalsozialistische Wissenschaft und Erziehung‘ im inzwischen ‚auf Vordermann‘ gebrachten ‚Deutschen Hochschulverband‘, wurde die zur Eingreifwissenschaft („der Soziologie stehen ungeheure Aufgaben bevor“²⁸⁾) frisierte Soziologie in einem Grundsatzreferat von Reinhard Höhn besonders auf den Begriff der ‚Gemeinschaft‘ angesetzt:

„Man kann nicht verlangen, daß heute eine Wissenschaft entsteht, die in der Lage ist, ein fertiges System, vom Gemeinschaftsboden ausgehend, an die Stelle des bisherigen individualistischen Systems zu setzen ... Jeder, der heute eine endgültige Begriffswelt aufzubauen und das Neue schon endgültig einzuordnen versucht, hindert die Entwicklung ... Er ist selbst unbewußt reaktionär. Wir müssen uns heute bewußt werden, daß wir im Umbruch stehen. In dieser Zeit können wir nur eins tun: Wir müssen uns immer stärker vom Gemeinschaftsgeist unserer Zeit durchdringen lassen, in diesen Gemeinschaften leben, uns über die grundlegenden Gemeinschaften unseres Lebens, die Familie, die Sippe, das Arbeitslager, die SA ... klarwerden, dann werden wir ... sehen, wie falsch es war, wenn die Wissenschaft vom Gegensatz zwischen einzelnen und Gemeinschaft sprach, von ... der Rechtssicherheit des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft.“²⁹⁾

Gemeinschaftsmystik

Mit dem romantischen Kernbegriff der ‚Gemeinschaft‘ als ‚ersehnter Volksordnung‘ (Rosenstock-Huessy) konnte der Nationalsozialismus auf einen traditionellen Terminus der soziologischen Fachdiskussion zurückgreifen. Dieser Zentralbegriff ist keine Schöpfung des Dritten Reiches. Seine Verwendung nach 1933 politisierte vielmehr nur einen wesentlichen Forschungsgegenstand nicht nur der Zwischenkriegszeit, sondern bereits der Soziologie im Kaiserreich. Jenseits aller ärgerlichen Stilfragen beim Umbau der deutschen Universitäten nach der ‚Machtübernahme‘ und damit nun einmal verbundener ‚Umstellungsschwierigkeiten‘ offerierte gerade die Festlegung der

braunen Herren auf den Begriff der ‚Gemeinschaft‘ eigentlich auch der eher traditionell orientierten Soziologie einen Zugang zur neuen Zeit. Gerade dieser Fachterminus also, der seit Erscheinen des ersten soziologischen Lehrbuches im Jahre 1887 — nämlich Ferdinand Tönnies‘ ‚Gemeinschaft und Gesellschaft‘ — einen Hauptgegenstand der deutschen Soziologie bildete, vermag solche inhaltliche Kontinuität anzudeuten.

Das wird verständlich, wenn man beispielsweise die 1936 von Leopold von Wiese eingeleitete Festschrift ‚Reine und angewandte So-

²⁶⁾ Anton Golopentia, Die Information der Staatsführung und die überlieferte Soziologie (Phil. Diss., Leipzig 1937, S. 66.

²⁷⁾ Ebd. S. 65.

²⁸⁾ Reinhard Höhn, Volksgemeinschaft und Wissenschaft, Süddeutsche Monatshefte, Band 32 (1934/1935), S. 2 ff.; hier S. 7.

²⁹⁾ Ders., Die Wandlung in der Soziologie, a. a. O. Band 31 (1933/1934), S. 642 ff., hier S. 644.

ziologie³⁰⁾ zur Hand nimmt, die der Leipziger Buske-Verlag zu Tönnies' achtzigstem Geburtstag herausbrachte. Diese Festgabe hinterläßt beim Leser heute einen sehr gemischten Eindruck, weil sie nicht nur aufschlußreiche Beiträge international bekannter Soziologen versammelt, sondern auch einschlägige, nationalsozialistisch geprägte Artikel wie den von Ernst Jurkat über eine ‚Soziographie des moralischen Lebens‘ enthält, in dem klipp und klar „der innere Feind“ als „Träger moralischer Unwerte“ denunziert wird³¹⁾. In seinem Beitrag zu diesem Buch versuchte auch Leopold von Wiese mit Hilfe der Gemeinschaftsvorstellung eine Annäherung an die veränderten Verhältnisse zu begründen:

„Die Jahre vor dem großen Umschwung in Deutschland sind der Soziologie günstig gewesen. Daran braucht sich heute nichts zu ändern. Im Gegenteil, befreit man, wie es geschehen ist, den Sozialismus von allen Verbindungen mit dem ökonomischen Materialismus, dem Prinzip des Klassenkampfes und den antinationalen Zutaten, so erhebt sich eine Idee der Gemeinschaft, die eine Sache der Sittlichkeit und des Glaubens ist, die aber wissenschaftlich durch das Studium des zwischenmenschlichen Zusammenhangs gefördert wird... Mit jedem Tage stellt sich mehr heraus, daß die im Vordergrund des Strebens stehenden biologischen Lehren von der Rasse und der Vererbung sowie die Idee des Volkes und des Volkstums dringend der Ergänzung und vor allem Festigung durch eine Wissen-

schaft vom kulturellen (nicht bloß natürlichen) Zusammenhang der Menschen bedürfen.“³²⁾

Der langjährige Nachkriegspräsident der Gesellschaft für Soziologie — Leopold von Wiese —, der bereits 1948 auf dem Soziologentag in Worms³³⁾ wieder den „Verfall einer wahren Gemeinschaftsgesinnung“ beklagen sollte, zeigte schon 1936, durchaus in Übereinstimmung mit der herkömmlichen soziologischen Sprachregelung, großes Verständnis für die Bemühungen um die Begründung einer nationalsozialistischen ‚Soziallehre‘:

„Als in den letzten zwei Jahren einige Heißsporne unter den jüngeren Fachgenossen fast alles entzweischlugen, was wir in den vorausgehenden Jahren aufgebaut hatten, war in der Tat das hauptsächliche Motiv das Mißtrauen, man könnte mit den bisherigen Denkweisen und Arbeitszielen dem neuen Gemeinwesen und Volkstum nicht so dienen, wie es verlangt werden müßte. Der revolutionäre Eifer ergab sich aus einer Begeisterung für die Wiedergeburt des deutschen Volkes, die wir Älteren so respektieren, daß die damit verknüpften Bitternisse persönlicher Art nebensächlich werden. Die einzige Frage, die mit dem Gefühl der Verantwortlichkeit geprüft werden muß, ist, ob dies Mißtrauen sachlich gerechtfertigt ist, und ob es nicht zu großen Schaden anrichtet... Das, was hier mit Schaden gemeint ist, betrifft lediglich die Frage, ob der Aufbau des deutschen nationalen Volks- und Staatslebens die Mitarbeit der allgemeinen Soziologie entbehren kann.“^{33a)}

Soziologie als Lehrfach

Bei aller formellen, personalen und zum Teil auch wissenschaftstheoretischen Umbruchstimmung im Jahr 1933 läßt sich — wie dann in schwächerem Maße wiederum 1946 — im Bereich der Soziologie eben auf inhaltlichem Gebiet eine gewisse Kontinuität nicht verleugnen. Jener ‚Hunger nach Ganzheit‘, der laut Peter Gay die Zwischenkriegszeit prägte, die mit Leopold Schwarzschild ausgedrückte ‚brodelnde metaphysische Libido‘ dieses Landes, schloß ja die Soziologen als Zeitgenossen

ein. Das später von Theodor Geiger verspottete Bedürfnis zum ‚seelischen Aufgehen in der molligen Kuhstallwärme der Gemeinschaft‘, die romantische Flucht aus der kalten und deformierten ‚Gesellschaft‘ also, all das entsprach in Deutschland seit langem einer ‚sozialpsychologischen Grundströmung, die nicht zuletzt durch den schmählichen Niedergang des Liberalismus schon unter Bismarck besiegelt wurde. Die von Tönnies frühzeitig zelebrierte soziologische Gegenüberstellung von hier Gemeinschaft und dort Gesellschaft

³⁰⁾ Reine und angewandte Soziologie. Eine Festgabe für F. Tönnies zu seinem achtzigsten Geburtstag am 26. Juli 1935, hrsg. v. Ernst Jurkat, Leipzig 1936.

³¹⁾ A. a. O., S. 119.

³²⁾ A. a. O., S. 16.

³³⁾ Verhandlungen 1948 (Anm. 16), S. 25 f.

^{33a)} Reine und angewandte Soziologie, a. a. O., S. 17.

brachte das nur auf einen einprägsamen Nenner. In immer neuen Anläufen und in den unterschiedlichsten Disziplinen entsprach ja der zivilen Unmündigkeit der deutschen Intelligenz ihre Suche nach einer nationalen Vollidentifikation. Das schlug sich zumeist auch in einer mystischen Abgrenzung der deutschen Kultur gegen eine dekadent-westliche Großstadt-Zivilisation nieder. Dazu der Soziologe Max Scheler: „Was dieser geistig sittliche Zerfall anzeigt . . . , das ist allein die tiefe Demoralisierung, welche die kapitalistischen und bourgeoisen Lebensformen, eine maßlose allgemeine Pleonexie, die damit einhergehende Verweichlichung und Materialisierung des Lebens . . . geschaffen hatten.“³⁴⁾

Die Soziologie war zu Anfang der Weimarer Republik als akademisches Lehrfach freilich noch kaum vertreten. Doch wurden immerhin nach 1919 Soziologie-Lehrstühle etwa in Frankfurt, Köln und Hamburg eingerichtet; aber erst 1929 beschloß Preußen als einziges Land, an allen Universitäten Soziologie anbieten zu lassen. Gleichwohl war der wirkliche Einfluß soziologischer Argumente — auch im akademischen Bereich — ungleich größer, als die Anzahl der Lehrstühle vermuten läßt. Denn bedeutende Soziologen wie Max Weber,

Georg Simmel, Werner Sombart u. a. saßen auf Lehrstühlen, die für Nationalökonomie, Philosophie oder auch Staatswissenschaften ausgeschrieben waren. Als junge Disziplin, die sich gegen die fest etablierten Fächer erst einmal abgrenzen und behaupten mußte, hatte die Soziologie wissenschaftsmethodologische Fragen aufgeworfen, die auch in die anderen Fächer hineinstrahlten. Diese Grundsatzdebatten wiederum verhalfen der akademischen Karriere des Faches zum Erfolg, so daß auf dem 7. Soziologentag 1930 in Berlin der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Adolf Grimme — selbst ein Scheler-Schüler —, die anwesenden Gelehrten mit der Versicherung erfreuen konnte, daß nun endlich „die junge Wissenschaft der Soziologie nicht mehr wegzulächeln sei“³⁵⁾. Gerade diese scheinbar hochabstrakten Methodenstreitigkeiten bestimmten aber auch die zu Zeiten unpolitische, zu Zeiten politisch opportune Haltung der Soziologie und damit ihr Fortkommen in wechselnden Zeiten. Zur Erläuterung dieses Zusammenhangs zwischen wissenschaftstheoretischer Eigenbrödelei und politischer Unmündigkeit ist ein kurzer Rückblick auf die Anfänge der Soziologie in Deutschland geboten.

Aufgaben der Soziologie

Als Lehre von den sozialen Bewegungsabläufen ist die Soziologie eine Wissenschaft der Neuzeit. Mit der Industrialisierung geriet das Schichtgefüge der Gesellschaft in den Strudel unkontrollierter Prozesse. Soziale Großgruppen verloren ihre gewohnte Stellung, andere stiegen auf. Alle überkommenen Wert- und Verhaltensmuster verfielen dem objektiven Druck des raschen Sozialwandels, dessen Richtung völlig unbestimmbar schien. Diese soziale Mobilität ungekannten Ausmaßes mußte beachtet und untersucht werden, wenn das Fundament der neuen Bürgergesellschaft erhalten bleiben sollte. In Deutschland hat zuerst Lorenz von Stein bereits in den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit seiner mehrbändigen ‚Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage‘ (1842/1850) einer zukünftigen Soziologie weitsichtig vorgeschrieben, worauf es wissen-

schaftlich unter solchen Umständen ankomme.

Danach war es die Aufgabe der Soziologie, die bestehenden Strukturen aufzudecken, um damit zu ihrer Optimierung beizutragen. Kritik und Konformität waren in diesem Ansatz ebenso unauflöslich verknüpft wie Wissenschaft und Praxis; das eine war ohne das andere nicht möglich. Es galt, die strukturellen Gründe, möglichen Hemmungen und motivationalen Folgen einer dauernden Selbstveränderung aller überkommenen Einrichtungen und Werte aufzuarbeiten. Das verpflichtete zu einer Analyse der industriellen Polarisierungsvorgänge. Und hier war durchaus die radikalste Sicht gefordert, weil nur die umfassendste Genauigkeit ohne Scheuklappen z. B. auch systemoppositionelle Handlungsmotive abweichender Großgruppen erklären kann. Denn konnten diese eingeordnet werden.

³⁴⁾ Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg, Leipzig 1915, S. 327.

³⁵⁾ Verhandlungen des 7. Deutschen Soziologentages (Berlin 1930), Tübingen 1931, S. 5.

dann sollte der soziale Erkenntnisgewinn in Vorschlägen an die Verwaltung einmünden, wie den gesellschaftlichen Mißständen — im Interesse des Ganzen — konkret *so* zu begegnen sei, daß nicht immer nur die Symptome, sondern auf Dauer auch die Schadensursachen bearbeitet würden. Dabei erkannte diese frühe Soziologie gerade mit Hilfe des Schlüsselbegriffes ‚Sozialwandel‘, daß es nie mehr eine ‚harmonische Gesellschaft‘ geben werde. Staatliches Handeln konnte hinfort Konflikte wohl noch ‚depolarisieren‘, nicht aber verhindern! Ausdruck dieser Lageeinschätzung war die Begründung einer gezielten *Sozialpolitik*, weil nur sie — in Addition zur Schulung, Stimulierung und Bewachung — den labilen Gleichgewichtszustand der modernen Kultur zugleich in Bewegung halten und dennoch ihr Zerbrecen verhindern könne.

Wichtig an dieser ausgleichenden Position, die schon damals von anderen Auffassungen geradezu erbittert bekämpft wurde, wie Heinrich von Treitschkes Streitschrift ‚Die Gesellschaftswissenschaft‘ aus dem Jahre 1859 zeigt, war also die Einsicht, daß die Soziologie den Verhältnissen bis auf den Grund gehen mußte, gerade um einen wirkungsvollen Beitrag zur Stabilisierung des modernen Industriesystems — nicht aber unbedingt seiner jeweiligen Ordnungsformen — leisten zu können. Ohne die Möglichkeit auch zur Sozialkritik mußte die Soziologie praxisblind und damit ineffektiv werden. Und ebenso bedeutsam war die Erkenntnis, daß das eigentliche Feld der Soziologie die sozialpolitische Strukturarbeit zu sein hatte, zur Überbrückung von riskanten Bruchzonen der gesellschaftlichen Normalität. Im

Dieser Rückzug der Weberschen Richtung aus dem Tagesgeschehen hatte aber auch noch andere Gründe. Um die Jahrhundertwende schien die Armen-, Arbeiter- oder auch Revolutionsfrage, die bis dahin derart brisant gewirkt hatte, daß ihr alle Aufmerksamkeit zu schenken war, durch die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspannter zu sein als zu Zeiten eines Lorenz von Stein. Die Soziologie vermochte sich nun offenbar spielerisch mehr esoterischen Themen als ausschließlich der Revolutionsvermeidung zu widmen, etwa formalsoziologischen Modellen oder auch kulturellen Tiefendeutungen. Dieser Rückzug der Schulsoziologie aus der All-

Interesse eines sinnvollen Systemschutzes waren Theorie und Praxis daher aufeinander angewiesen. In Verfolg dieser Position schloß sich nach 1872 ein Großteil der deutschen Sozialintelligenz im ‚Verein für Sozialpolitik‘ zusammen.

Diese Verbindung von Theorie und Praxis, von Kritik und Zustimmung löste erst Max Weber unter dem bereits erwähnten Stichwort einer für Soziologen unabdingbaren wissenschaftlichen ‚Werturteilsenthaltbarkeit‘ auf. Allein zur Betonung ihrer praktischen Unverbindlichkeit konstituierte sich 1909 in Berlin eine Gesellschaft für Soziologie — der 1907 die Gründung einer ‚Soziologischen Gesellschaft‘ in Wien vorangegangen war — unter Federführung von Max Weber, der freilich bereits 1913 wieder austrat, weil für seinen Geschmack unter Soziologen noch immer viel zu viel von Werten und Moral die Rede war. Diese freiwillige Abnabelung von der Alltagswelt hatte wissenschaftspolitische Motive, ob schon sie erkenntnistheoretisch begründet wurde. Das Engagement beispielsweise der sogenannten ‚Kathedersozialisten‘ aus dem ‚Verein für Sozialpolitik‘ schien laut Weber und den 38 weiteren Gelehrten, die die Einladung zur soziologischen Vereinsbildung mitunterzeichneten, gefährlich in die Nähe sozialdemokratischer Positionen zu driften, obschon Gustav Schmoller³⁶⁾ mit den Worten: „Jede Revolution ist durch zeitgemäße Reformen zu verhindern; der ganze Fortschritt der Geschichte besteht also darin, an Stelle der Revolution die Reform zu setzen“, immer wieder die gegenteilige Absicht deutlich zu machen versuchte.

Alltagsferne

tagswelt, der zugleich der elitären Weltentobenheit der deutschen Mandarinen-Universität entgegenkam, hatte weitreichende Auswirkungen für das Fach. Die Abkehr von der sozialpolitischen Optik zog realitätsferne Fragestellungen und übertriebene Methodendebatten nach sich, die meist jede Aufklärung über die tatsächlich wirkenden Faktoren in der Gesellschaft vermissen ließen.

Da sich die Soziologie aus der Sozialwelt entfernte, geriet ihr der eigene Forschungsgegenstand auch mehr und mehr zum undurch-

³⁶⁾ Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, Jena 1875, S. 91.

schaubaren Syndrom. Unbemerkt und unreflektiert konnten persönliche Überzeugungen in ihre Theorien einfließen. Max Weber selbst bietet ein aufschlußreiches Beispiel für die daraus folgende Hilflosigkeit gegenüber den zeitgenössischen Vorurteilen, die bei diesem Ansatz eben doch alle Forschungsvorhaben wie auch deren Ergebnisse einfärben mußten. So huldigte Weber 1895 ganz im Sinne des damals verbreiteten Sozialdarwinismus einem abgeschmackten Übernationalismus: „Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren mit auf den Weg zu geben, sondern den ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art.“³⁷⁾

Nicht allein das Vermeiden heikler Themen, deren Behandlung vielleicht in irgendeinem Sinne Parteinahme oder Wertung hätte bedeuten können, hat die Soziologie laut Christian von Ferber^{37a)} in entscheidenden gesellschaftlichen Fragen funktionslos gemacht oder sie zur bloßen Auftragsforschung degradiert. Folge der vermeintlichen Enthaltensamkeit war vielmehr, daß die Forscher dem national-kulturellen Entwicklungsweg ihrer Umwelt ständig nachliefen, über den man ja angeblich anders als durch den Austausch von Vorurteilen oder Gemeinplätzen nicht reden konnte, durfte oder sollte: „Die letzten Stellungnahmen des Wollens können mit den Mitteln der Wissenschaft nicht entschieden werden“, so Max Weber dazu kategorisch³⁸⁾. Waren sie deswegen auch nicht einmal zu problematisieren? Was wunder, wenn der politische Raum, der sich mit ‚diabolischen Kräften‘ einließ, für Weber die Gelehrtengemeinde irgendwie schmutzig und unfein wirkte; daß er etwas blieb, was man verachtete und in das man sich tunlichst nicht einmischte.

Taten Kollegen das dennoch, dann wurden sie geächtet. Das zeigte z. B. der Fall des Heidelberger Sozialwissenschaftlers Emil Julius Gumbel, der 1925 öffentlich die Kriegsbegeisterung von einst zu kritisieren und vom Schlachtfeld als vom ‚Feld der Unehre‘ zu spre-

chen gewagt hatte und darüber fast seine Lehrbefugnis verlor, nachdem (bei einer Gegenstimme) die philosophische Fakultät in Heidelberg am 16. Mai 1925 Gumbel für untragbar erklärt hatte. Eine gleichzeitige Anklage wegen Hochverrats konnte nur abgewendet werden, weil sich Gumbel öffentlich entschuldigte³⁹⁾. Im sozialwissenschaftlichen Bereich fanden sich in der Weimarer Republik kaum zehn sozialdemokratisch organisierte Hochschullehrer. Obwohl die deutschen Universitäten den Tagesereignissen gegenüber scheinbar neutral blieben, waren sie in ihrer — wie Max Weber sich ausgedrückt hatte — ‚Kathedersprophetie‘ zugleich hochpolitisch, da durchgängig erzkonservativ und elitär eingestellt, wie unzählige Zeugnisse aus allen Fächern belegen. Politisch aktiv betätigte man sich zwar nicht — weder so, noch so —, da das die erstrebte Distanz von der Objektwelt in Mitleidenschaft gezogen hätte, doch waren die Stellungnahmen in ihrer Tendenz zumeist beredt genug.

Diese Ferne prägte auch die Haltung der damaligen Sozialwissenschaften. Das zeigt sich an den auf den Soziologentagen behandelten Themen ebenso wie an den ausgesparten Fragestellungen. Auf dem letzten Treffen vor der ‚Machtergreifung‘ Ende 1930 in Berlin wurden z. B. neben Forschungsfragen zur Presse und einigen Problemen der soziologischen Begriffsbildung nur noch die Soziologie der Kunst sowie die schwierige Frage der ‚deutschen Stämme‘ erörtert. Enthaltensamkeit gegenüber drängenden Tagesproblemen, die möglicherweise auch den wissenschaftlichen Spielraum des eigenen Faches betreffen konnten, wurde übrigens auch von der in Frankfurt versammelten ‚kritischen Soziologie‘ geübt. Von den Mitgliedern des dortigen ‚Instituts für Sozialforschung‘ hat sich nur Karl Wittfogel mit dem Faschismus befaßt, von allen sonstigen zeitgenössischen Soziologie-Beamten eigentlich nur noch Theodor Geiger in Braunschweig. Der emigrierte Soziologe Adolph

³⁷⁾ Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik (Akademische Antrittsrede, Freiburg 1895), Gesammelte Politische Schriften, München 1921, S. 20.

^{37a)} Der Werturteilsstreit 1909/1959; Versuch einer wissenschaftsgeschichtlichen Interpretation, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Bd. 11 (1959), S. 21 ff.

³⁸⁾ Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1917), in: Nationalstaat und Volkswirtschaft ... (Anmerkung 37), S. 126.

³⁹⁾ Vgl. Willy Hellpach, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen, 2 Bde., Hamburg 1948/1949, Band 2, S. 171 ff. Gumbel hatte sich freilich bereits vorher durch Veröffentlichungen über politischen Mord und Verschwörungen (Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922; Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Berlin [1923]) sowie über Verletzungen des Versailler Vertrages durch die Reichswehr (Gumbel u. a. Hrsg.), Deutschlands geheime Rüstungen? Berlin 1925) unbeliebt gemacht.

Lowe versucht diese Blindheit zu erklären: „Die Haltung der führenden Mitglieder des Frankfurter Institutes war vor 1933 so doktrinär-marxistisch, daß sie sozusagen auf die konkreten Dinge gar nicht mehr eingehen zu müssen glaubten. Die Idee war, daß sich alles apriorisch aus der Entwicklung des Spätkapitalismus ableiten ließe.“⁴⁰⁾

Mit ihrer Abwertung des praktischen Sozialengagements als eines ‚instrumentellen Denkens‘ lagen die Frankfurter also nolens volens voll auf der Linie von Max Weber — wenn gleich auch aus anderen Gründen. Auch hier war in den Worten von Hans Gerth eine ‚absolute Traumtänzerie‘ zu verzeichnen, welche die irrationalen Kräfte der Zeit entweder für unerheblich hielt oder auch völlig falsch einschätzte. Die Intelligenz, auch die soziologische Intelligenz, hatte also kaum etwas getan, um die Weimarer Republik zu stabilisieren. Erschreckend deutlich zeigt das der 5. Soziologentag im September 1926 in Wien, wo eigentlich nur der Sozialphilosoph Leonard Nelson aktiv zur Verteidigung der Demokratie aufrief. Ansonsten unterhielt man sich über die Demokratie als technische Gegebenheit der politischen Gegenwart, nicht aber als mit Händen und Füßen zu verteidigende Lebensweise. Noch 1932 hat Hans Kelsen diese demokratische Apathie angeprangert: „In den Kreisen der Staatsrechtler und Soziologen versteht es sich beinahe von selbst, von Demokratie nur mit verächtlichen Worten zu reden, gilt es als modern, die Diktatur — direkt oder indirekt — als das Morgenrot einer neuen Zeit zu begrüßen.“⁴¹⁾

Das politische wie das kulturelle Versagen der soziologischen Intelligenz hatte vielfältige Ursachen, aber letzten Endes ergänzten sie sich alle wechselseitig. Die wissenschaftstheore-

tisch begründbare Wertabstinenz führte im rechten wie im linken Lager zu einer Art theoretischen Rückzugs aus der Weimarer Realität. Entweder betrieb man wie das Frankfurter Institut schon ab 1931 — als noch kein Mensch daran dachte — eine planvolle Politik der Emigration, wie Leo Löwenthal⁴²⁾ berichtet hat, weil man über die politischen Zeitströmungen zutiefst erschrocken war, ohne ihnen deswegen aber entschieden und lauthals entgegenzutreten. Oder aber — auf der anderen Seite — diese *Emigration aus Weimar* nahm die Form des brennenden Wunsches nach einer neuen Gemeinschaft ‚jenseits der Systemzeit‘ an, wie Weimar damals genannt wurde. Zwar fehlte es — auch im Fach — nicht an mahnenden Stimmen, die vor den Konsequenzen einer derartigen Haltung warnten. So etwa 1924 Helmuth Plessner mit seinem Buch ‚Grenzen der Gemeinschaft‘ oder noch 1929 Karl Mannheims ‚Ideologie und Utopie‘. Aber die Gegenstimmen blieben nicht nur rar, sie suchten vor allem nur eine inneruniversitäre Klärung und predigten dabei vor tauben Ohren. Jenes „tiefe Verlangen nach innerer Einheit und Harmonie“, das laut Friedrich Meinecke⁴³⁾ auch nach 1918 „im deutschen Geiste mächtig erhalten geblieben war“, übertönte alle vernunftsrepublikanischen Appelle. Am Ende behielt dann doch Max Weber mit seiner Warnung aus dem Jahr 1919 vor den ‚politischen Dämonen‘ Recht: „Je nach der letzten Stellungnahme ist für den Einzelnen das eine der Teufel und das andere der Gott, und der Einzelne hat sich zu entscheiden, welches *für ihn* der Gott und welches der Teufel ist ... Die alten vielen Götter, entzaubert und daher in Gestalt unpersönlicher Mächte, entsteigen ihren Gräbern, streben nach Gewalt über unser Leben und beginnen untereinander wieder ihren ewigen Kampf.“⁴⁴⁾

Anforderungen an das Fach

gisches Werkzeug nicht notwendig geschmälert. Die Gründe für ein derartiges Versagen lagen während der Weimarer Republik nicht zuletzt in der emotionalen Einbindung auch

Angesichts der demokratischen Möglichkeiten in der Neuzeit hat die deutsche Soziologie in solch irrationalen Umfeld politisch fraglos versagt. Das hat ihre Rolle als sozialtechnolo-

⁴⁰⁾ Mathias Greffrath (Hrsg.), Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek 1979, Gespräch mit A. Lowe (S. 145 ff.), hier S. 161.

⁴¹⁾ Verteidigung der Demokratie, Blätter der Deutschen Staatspartei, 2. Jahrgang (1932), S. 92.

⁴²⁾ In Greffrath (Anm. 40), S. 195 ff., hier S. 207 ff.

⁴³⁾ Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, München/Berlin 1924, S. 490.

⁴⁴⁾ Wissenschaft als Beruf (1919), Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922, S. 546 f.

der Soziologen in die nationale Kultur. Die selbstverordnete ‚Werturteilsenthaltbarkeit‘ verlieh dabei diesem demokratischen Versagen die wissenschaftstheoretischen Weihen; man konnte gleichsam mit theoretisch gutem Gewissen versagen. Erstaunlicherweise findet sich dieses reine Gewissen dann auch noch auf dem Nachkriegssoziologentag von 1946, wo die deutsche Soziologie mir nichts dir nichts zur Tagesordnung übergang, so als wäre der vergangene Holocaust kein sozialwissenschaftlicher Gegenstand.

Ein Großteil der Soziologen, die sich im Nationalsozialismus in den Dienst der Sache gestellt hatten, machten in der Bundesrepublik erneut Karriere, während es den Emigranten nur selten gelang, wieder Fuß zu fassen. Vor allem unter amerikanischem Einfluß arbeitete die deutsche Nachkriegssoziologie bald betont empirisch. Sie forschte methodisch akkurat und enthielt sich aller inhaltlichen Abenteuer. Auch diese konsequente Nüchternheit kann die Soziologie freilich nicht davor bewahren, ihrer kulturellen und politischen Rolle eingedenk zu werden, die sie trotz aller gegenteiligen Selbstdarstellungen spielt. Immerhin ist die Diskussion um die Werturteilsfreiheit wieder neu belebt worden, wengleich ein Gutteil der Streitigkeiten, die um so heftiger gerieten, je rascher die Soziologie in der Bundesrepublik expandierte, um das eher akademische Problem ging, ob die Soziologie auch sozialtechnologisch auftreten dürfe. Ende der sechziger Jahre spitzte sich der Hader auch zur Frage nach der politischen Rolle des Faches zu. Denn allein schon die Absicht, sozialtechnologisch aufzutreten, bedingt in einem weiteren Schritt die Frage nach der ändernden beziehungsweise beruhigenden Funktion eines solchen Eingreifens.

Im Grunde blieben die vielen innersoziologischen Auseinandersetzungen aber abstrakte Schaukämpfe, gerade weil die Erfahrungen mit der zugehörigen Fachgeschichte — etwa im Nationalsozialismus — bis heute nicht ausgewertet worden sind. Nur dieser Rückblick auf die eigene Leidensgeschichte mit dem Leviathan kann aber unmißverständlich verdeutlichen, daß es offenbar politisch-strukturelle Voraussetzungen für eine gedeihliche Entfaltung des Faches gibt, so zum Beispiel die demokratisch-komplexe Verfaßtheit des politischen Raumes. Fehlen derartige Bedingungen, dann kann die Soziologie jederzeit wie da-

mals im Dritten Reich oder heute in der DDR auf reine Auftragsforschung und -arbeit ohne jedes Wenn und Aber reduziert werden. Sie ist dann nützlich, aber ignorant. Die paradigmatische Vorgabe für die Soziologie heißt dann ‚Zustandsschutz‘, ohne die geringste Möglichkeit zu einer *Rollendistanz* der Wissenschaft beziehungsweise ihrer Träger. Sogar die Möglichkeit der innerfachlichen Zieldiskussion hängt mithin von politischen Vorgaben ab, so daß einzig das inhaltliche sowie aktive Bekenntnis zu Pluralismus und Demokratie die sinnvolle Bezugsgröße aller System- oder Methodenentscheidungen sein konnte und sein kann.

Die sich rapide verändernde industrielle Zivilisation ist nicht mehr in Richtung auf eine harmonische Gemeinschaft zu stabilisieren. Wer das will oder verspricht, kann das nur mit zwangsweise vereinheitlichenden Ordnungsmustern versuchen. Die Gesellschaft ist in Bewegung, ist Bewegung, ist Produkt und Produzent eines für die Individuen erheblichen Lerndrucks, dem diese sich nicht durch die Flucht in politische Ursprungsmythen entziehen können, sondern deren Richtung und Inhalt sie nur noch durch Mitdenken und Mitarbeit zu beeinflussen vermögen. Als angemessener wissenschaftlicher Ausdruck dieser Wechselseitigkeit erfüllt die Soziologie aber nur dann eine sinnvolle Aufgabe, wenn sie im Sinne von Karl Mannheim als ‚soziologische Lebensorientierung‘ in der demokratischen Moderne Entscheidungshilfen anbietet, indem sie also mit wissenschaftlicher Kompetenz die schier erdrückende Komplexität der Gesellschaft durchleuchtet und so herabmindert.

Die Reduzierung von Soziologie auf pharaonische Wasserträgerdienste für jedes beliebige System hingegen hat Ralf Dahrendorf 1958 in seinem Buch ‚Homo Sociologicus‘ in einer hierzulande unüblichen offenen Kritik an den Pranger gestellt. Er mahnt, daß die Soziologie etwa die Exaktheit ihrer Sozialvermessungen mit der Unmenschlichkeit ihrer Absichten bezahlen könnte, sollte sie an ihrer Rolle als blindes Werkzeug festhalten. Unter Aufarbeitung der zwiespältigen historischen Funktion der deutschen Soziologie nimmt Dahrendorf die Warnung von Max Weber endlich ernst, der bereits im Jahre 1904 in seiner Untersuchung über die ‚Protestantische Ethik‘ vor den Gefahren einer sozialwissenschaftlich gut geschmierten ‚mechanischen Versteinerung‘ der westeuropäischen Kulturen gewarnt hat. „Soll

die Soziologie nicht zum Instrument der Unfreiheit und Unmenschlichkeit werden", schreibt Dahrendorf, „so ist mehr vom Soziologen verlangt. Das Bewußtsein des ganzen Menschen und seines Anspruchs auf Freiheit muß als Hintergrund jeden Satz, den er spricht oder schreibt, bestimmen; die Gesellschaft muß ihm stets nicht nur als Tatsache, sondern

als Ärgernis gegenwärtig sein; das moralische Ungenügen seiner Disziplin muß als leidenschaftlicher Unterklang sein Tun an jedem Punkt begleiten.“⁴⁵⁾

⁴⁵⁾ Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle, Opladen 1977¹⁵, S. 95.

Sozialismus und Nationalsozialismus

Dargestellt an Hand der Beiträge Willi Eichlers zum demokratischen Sozialismus

I. Fragestellung

Die Frage nach dem Verhältnis von Sozialismus und Nationalsozialismus ist in den letzten Monaten zum Thema für die politisch interessierte Öffentlichkeit geworden. Aber auch jenseits dieser tagespolitischen Auseinandersetzungen verdient diese Frage eine wissenschaftliche Diskussion. Dabei ist das Verhältnis von Sozialismus und Nationalsozialismus zumindest in zwei Dimensionen zu behandeln: Eine gründliche Analyse dieser Beziehungen verlangt einerseits eine Aufarbeitung der historischen Fakten und andererseits eine Überprüfung der theoretischen und programmatischen Grundlagen beider politischer Strömungen. Im folgenden soll bewußt auf die Darstellung der historischen Seite des Problems verzichtet werden¹⁾.

Die in Frage stehenden Behauptungen, so weit sie Theorie und Norm von Sozialismus und Nationalsozialismus betreffen, besagen, daß es eine programmatische Identität dieser Ideologien gibt. Beiden Ideologien sei gemeinsam, daß sie ihre eigenen Ansichten verabsolutieren, das Kollektiv gegenüber der individuellen Freiheit betonen und einen Ausschließlichkeitsanspruch eines geschlossenen Systems zu Lasten des Modells einer offenen pluralistischen Gesellschaftsordnung verfolgen²⁾.

Es ist zu überprüfen, ob diese Ansichten zutreffend sind. Diese Überprüfung soll an Hand der Beiträge von Willi Eichler zum demokratischen Sozialismus geschehen³⁾. Eichler, einer der großen Theoretiker des demokratischen

Sozialismus und einer der Väter des Godesberger Programms der SPD, ist ein ausgezeichnete Zeuge, da er sich bereits seit den dreißiger Jahren mit Problemen beschäftigt hat, die eine Antwort auf die aufgeworfenen Fragen möglich machen. Diese Konzentration auf die Überlegungen Willi Eichlers führt zu weiteren Begrenzungen der folgenden Überlegungen. Die eine Begrenzung besteht darin, daß Eichlers Aussagen nur eine Form des Sozialismus betreffen — den demokratischen Sozialismus. Dies aber ist akzeptabel, da Eichler sich nicht nur mit dem Nationalsozialismus, sondern auch mit dem Kommunismus kritisch auseinandersetzt. Die zweite Begrenzung ergibt sich daraus, daß als Quelle für die Darstellung der theoretischen und programmatischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus allein die Schriften Eichlers benutzt werden. Diese zweite Begrenzung behauptet, daß es eine weitgehende Kontinuität sozialdemokratischen Denkens sowohl zum Godesberger Programm als auch vom Godesberger Programm bis zur konkreten Programmatik des Orientierungsrahmens der SPD gibt und daß letzterer keinen Ersatz für das Godesberger Programm in Richtung auf eine Marxismusrenaissance in der SPD darstellt⁴⁾. Die Schriften von Eichler sollen daher im folgenden befragt werden: erstens nach der Stellung des demokratischen Sozialismus zum Nationalsozialismus, zum Kommunismus und zum westlichen Wirtschaftssystem und zweitens nach den ethischen, philosophischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus.

¹⁾ Zur historischen Seite dieses Verhältnisses vgl. u. a. Heinrich August Winkler, Die Mär vom Sozi Hitler, in: Die Zeit Nr. 45 vom 2. 11. 1979.

²⁾ Vgl. z. B. Edmund Stoiber, in: Die Zeit Nr. 42 vom 12. 10. 1979.

³⁾ Klaus Lompe, Lothar F. Neumann, Hrsg., Willi Eichlers Beiträge zum demokratischen Sozialismus, Berlin und Bonn 1979; — soweit im folgenden dieser Text zitiert oder auf ihn verwiesen wird, erfolgt dies durch Nennung des Namens Eichler.

⁴⁾ Vgl. die gegenteilige Meinung bei Wilhelm Henning, Organisierter Sozialismus. Zum „strategischen“ Staats- und Politikverständnis der Sozialdemokratie, Stuttgart 1977; vgl. zur Auseinandersetzung mit diesen Thesen Klaus Lompe, Zwanzig Jahre Godesberger Programm der SPD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 46/79 vom 17. 11. 1979.

II. Das Verhältnis des demokratischen Sozialismus zu anderen politischen Strömungen

Willi Eichler hat sich bereits früh und gründlich mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt. In einer Reihe von Beiträgen in den dreißiger und vierziger Jahren ist er der Frage nach den Schuldigen für den Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland und der relativ erfolgreichen Politik des Dritten Reiches bis zum Kriegsausbruch nachgegangen. Dabei fällt sein Urteil sehr differenziert aus⁵⁾. Die Machtergreifung war für ihn nur möglich, „weil keine einzige soziale Schicht der Nation von Anfang an und kompromißlos den Nationalsozialismus als das moralische Ungeheuer bekämpft hat“. Eichler verweist aber auch auf die politischen Rahmenbedingungen der zwanziger Jahre als Startchance für den deutschen Faschismus: die Friedensverträge zum Abschluß des Ersten Weltkrieges, die in seinen Augen vor allem die freiheitlich-demokratischen Kräfte behinderten, die Spaltung der Sozialdemokratie in der Revolution, die Weimarer Verfassung, die auch den Feinden der Freiheit die Freiheit gab, die Freiheit der anderen zu zerstören, und schließlich die Tatsache, daß mit dem Ende des Kaiserreichs nur die Form, nicht aber die Inhalte der Politik verändert wurden. Neben diesen allgemeinen Bedingungen nennt Eichler die Industriellen (er betont allerdings, daß es nicht alle Industriellen waren), die mit Hilfe Hitlers die Gewerkschaften und die Sozialpolitik zerstören wollten, und die Kommunisten, die zwar mit ihrer Kritik teilweise recht hatten, die aber die ganze demokratische Republik liquidieren und eine sowjetische Republik begründen wollten. Er spricht jedoch auch die Arbeiterschaft nicht frei von Schuld; nach der Zerschlagung ihrer Organisationen im Jahre 1933 hätten sie teilweise das Regime wegen seiner innenpolitischen und wirtschaftlichen Erfolge toleriert.

Genauso deutlich fällt die Kritik Eichlers an den anderen Mächten und ihrer Politik gegenüber Hitler aus. Er geißelt die Politik der katholischen Kirche scharf: „1933, nachdem schon Hunderte von Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten ermordet waren und Tausende in Konzentrationslagern saßen — es war der ganzen Welt bekannt —, schloß

diejenige Macht, die auf die Moralität in der Welt einen besonderen Anspruch erhebt, ein Konkordat mit Hitler.“⁶⁾ Auch die Großmächte werden von ihm verurteilt: Der Flottenvertrag zwischen Berlin und London und die Olympiade in Berlin hätten Hitler nicht nur außenpolitischen Spielraum eingeräumt, sondern vor allem seiner Politik eine Scheinlegitimation gegeben. Die Westmächte hätten Hitler solange gewähren lassen, wie sie glaubten annehmen zu können, daß seine Innenpolitik nur gegen die Sozialisten und ihre Organisationen gerichtet und seine aggressive Außenpolitik nach Osten angelegt sei. Erst „in dem Augenblick . . . als Deutschland mit eindeutig imperialistischen und machtpolitischen internationalen Ansprüchen auftrat, da erst begann der Haß gegen das Hitlersystem“⁷⁾. Und: „Das Nazisystem ist im wesentlichen nur deshalb schließlich von den Großmächten angegriffen und . . . vernichtet worden, weil es für sie eine außenpolitische Gefahr geworden war, und nicht, weil es eine moralische Bedrohung der Menschheit darstellte.“⁸⁾

Es ist verständlich, daß diese frühen Analysen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems dazu führten, daß Eichler schon vor dem Kriege die Niederlage des Dritten Reiches im erwarteten Kriege wünschte und nach dem Kriege begrüßte⁹⁾. Andererseits stellt er später über die deutschen sozialdemokratischen Emigranten fest: „... wir forderten nicht den Krieg gegen Hitlerdeutschland! Unser ganzes Bemühen ging daraufhin, Hitler mit friedlichen Mitteln zu stürzen“¹⁰⁾. Eichler bedauert allerdings, daß die Emigranten wenig Unterstützung in den westlichen Staaten fanden und kaum Einfluß auf die westliche Politik gewannen¹¹⁾.

Auch wenn Eichler nachweisen kann, daß die demokratischen Sozialisten gegen Hitlers System schon früh als Rufer in der Wüste gegen den Zeitgeist auftraten, entsteht bei ihm doch kein Schwarz-Weiß-Gemälde. Er betont, daß neben der modernen organisierten Ar-

⁵⁾ Ebd. S. 78.

⁶⁾ Ebd. S. 80.

⁷⁾ Ebd. S. 43.

⁸⁾ Ebd. S. 38 und S. 41.

⁹⁾ Ebd. S. 54.

¹¹⁾ Ebd. S. 45f. und S. 56f.

⁵⁾ Eichler a. a. O., S. 41, S. 51 ff., S. 65 und S. 78 ff.

beiterbewegung auch große Teile der übrigen Bevölkerung ihre Abscheu gegen die Terrorherrschaft entschieden und in opferreichen Kämpfen zum Ausdruck gebracht hätten¹²⁾. Gleichzeitig räumt er auch denjenigen, die mit „inneren Reserven“ der Tyrannei dienten, weil sie glaubten, in dieser totalen Gewaltpolitik nur so das Schlimmste verhindern zu können, ein Recht auf ihre Handlungen ein und meint, daß auf der Basis einer gründlichen Analyse der schrecklichen Verfehlungen aller Beteiligten eine Politik denkbar sei, die eine Wiederholung ausschließe¹³⁾.

Auch wenn Eichler immer wieder deutlich gegen Hitlers System Stellung genommen hat, hat er doch gleichzeitig schon 1939 deutlich gemacht, daß das Eintreten gegen den Nationalsozialismus und für die Ziele des Sozialismus durchaus mit der Berücksichtigung nationaler Interessen vereinbar sei. Nach dem Kriege hat er diese Haltung wiederholt, die Westverschiebung Polens abgelehnt, den Separatismus der Nachkriegsjahre verurteilt und immer wieder die Vereinbarkeit des Internationalismus der Arbeiterklasse mit legitimen nationalen Interessen herausgestrichen¹⁴⁾.

Es liegt auf der Hand, daß Eichler sich auch gegen die These von der Kollektivschuld gewandt und festgestellt hat, daß ein Terrorregime wie das des Nationalsozialismus auch in anderen Staaten denkbar sei¹⁵⁾. Diese Bereitschaft zur Differenzierung verhindert allerdings nicht, daß Eichler sich für eine totale Ausrottung des Faschismus eingesetzt hat¹⁶⁾ und Landes-, Hochverrat und Widerstand aller Schattierungen gegen Hitler und sein Regime für legitim hält¹⁷⁾. Er warnt in diesem Zusammenhang vor einer neuen Dolchstoßlegende, die die Gegner Hitlers zu Gegnern Deutschlands machen wolle. Konsequenter forderte er, daß diejenigen, die für Hitler gearbeitet haben, im neuen Deutschland keine öffentlichen Funktionen mehr einnehmen sollten, wenn auch die Form der Entnazifizierung von ihm kritisiert wird¹⁸⁾. „Die Kräfte für den Neuaufbau mußten aus den Reihen derjenigen kommen, die sich durch die Nazierrschaft nicht in ihrer rechtlichen Überzeugung hatten beein-

flussen lassen, deren demokratische Überzeugung außer Frage stand. Dazu gehörten natürlich nicht nur Sozialdemokraten. Aber sie waren die einzige große politische Gruppe, die in ihrer Haltung gegenüber den Nazis niemals geschwankt hatte.“¹⁹⁾

Die Position Eichlers — und er ist hier nur ein Sprecher des demokratischen Sozialismus — gegen den Nationalsozialismus ist klar. Dieser war und ist ohne Einschränkung zu verurteilen. Aber nicht nur die demokratischen Sozialisten waren in den Augen Eichlers Gegner des Faschismus; und die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus — das zeigen die Äußerungen Eichlers zum Kommunismus schon in den dreißiger Jahren — bedeutete keine Legitimierung kommunistischer Politik.

Schon vor dem Kriege und im Kriege hat Willi Eichler die Distanz des demokratischen Sozialismus zum Kommunismus beschrieben. 1937 verurteilte er die Politik der Kommunisten im spanischen Bürgerkrieg und warf ihnen vor, daß eine Reihe von Kämpfern für die Republik „spurlos verschwand und mit großer Wahrscheinlichkeit das Opfer des Terrors einer der linken Parteien Spaniens geworden ist“²⁰⁾. Die Politik der Kommunisten in den dreißiger Jahren wird als Hilfe für Hitler in aller Klarheit schon 1942 verurteilt, „wenn die Kommunistische Internationale, ... im nationalen Rahmen der verschiedenen Länder, für Ziele gefochten hat, die nur der Rücksicht auf russische Interessen entsprangen und in den betreffenden Ländern selber Katastrophen begünstigten: Der Defaitismus in Frankreich hat zur Niederlage im Kampf gegen Hitler beigetragen; das Zusammengehen Thälmanns mit Hitler gegen die Regierung Braun-Severing hat zum Sieg der Nazis unmittelbar geholfen; und der „Freundschafts“-Pakt zwischen Ribbentrop und seinem Partner in Moskau hätte unter Umständen genügen können, Hitler den Krieg gewinnen zu lassen.“²¹⁾ Eichlers kritische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Rußland betrifft allerdings nicht nur die sowjetische Außenpolitik und die Politik der Komintern, sondern das politische System in Rußland insgesamt²²⁾.

Eichler macht dabei deutlich, daß auch in einem Krieg die inneren Schwächen eines

¹²⁾ Ebd. S. 44.

¹³⁾ Ebd. S. 61.

¹⁴⁾ Ebd. S. 39, S. 86, S. 97 und S. 99ff.

¹⁵⁾ Ebd. S. 44, S. 46ff., S. 59 und S. 74.

¹⁶⁾ Ebd. S. 48.

¹⁷⁾ Ebd. S. 61f.

¹⁸⁾ Ebd. S. 75 und S. 82.

¹⁹⁾ Ebd. S. 115.

²⁰⁾ Ebd. S. 69.

²¹⁾ Ebd. S. 233, vgl. auch S. 43 und S. 81.

²²⁾ Ebd. S. 209ff.

Bündnispartners offengelegt werden müssen. Scharf geißelt er die Diktatur in Rußland und in diesem Zusammenhang die Schauprozesse der dreißiger Jahre: „Und das bedeutet das Eingehen auf die Tatsache, daß man in Rußland mit der menschlichen Freiheit und Würde barbarisch umgegangen ist.“ Es „ist besonders deutlich geworden, daß die russischen Machthaber die Freiheit als ihren größten Feind ansehen“²³⁾, und: „Die Kommunisten haben, wo sie konnten, ihre Diktatur errichtet — und stoßen nun unweigerlich ... auf das Freiheitsstreben, das keine Diktatur auf die Dauer völlig niederhalten oder als imperialistische Verführung denunzieren kann“²⁴⁾. Hier wird bereits deutlich, wie sehr der demokratische Sozialismus nach zwei Seiten für die Demokratie kämpfen muß: gegen den Faschismus und gegen den Kommunismus. Es liegt auf der Hand, daß Eichler auf dieser Grundlage eine Fülle einzelner politischer Maßnahmen der sowjetischen Politik ablehnt. Schon 1945 wirft er der Sowjetunion und 1947 der DDR die Errichtung von Konzentrationslagern vor²⁵⁾, er verurteilt die sinnlosen Demontagen und verwirft die zwangsweise Einheitspolitik der Kommunisten²⁶⁾. In diesem Zusammenhang betont er, daß auch in Rußland der Staat nicht abgestorben sei, daß die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel der Wirtschaft eben nicht einen automatischen Fortschritt der Menschheit bedeute und daß in der Sowjetunion nicht mehr die Möglichkeit bestände, daß die Arbeiter ihre Interessen gegen die Staatsbürokratie artikulieren könnten²⁷⁾. Die Erfahrungen, die in Osteuropa mit dem Kommunismus gemacht worden sind, nennt er bedrückend²⁸⁾ und folgert: „Da aber für Sozialdemokraten die Freiheit und die ungehinderte Teilnahme am politischen Leben eine Grundfrage ist, einer ihrer Grundwerte, haben sie allen Grund, das kommunistische Experiment nicht für ein sozialistisches zu halten. Es ist inzwischen zu seinem Gegenteil geworden.“²⁹⁾ Allerdings geht es Eichler nicht nur um die Abgrenzung zum Kommunismus; er fordert vielmehr zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf, die durch „eine ra-

dikalere Politik der Sozialisten und Demokraten im Westen“ gekennzeichnet sein müsse³⁰⁾.

Aus der deutlichen Ablehnung des Faschismus und des Kommunismus durch Eichler als einem der Sprecher des deutschen demokratischen Sozialismus ist allerdings nicht zu schließen, daß Eichler unkritisch das westliche Wirtschaftssystem akzeptiert.

Dabei ist der Hinweis wichtig, daß sich die Position Eichlers — und hier sicherlich nur stellvertretend für den demokratischen Sozialismus — zum Wirtschaftssystem in Nuancen geändert hat.

In den frühen Schriften wurden die Entmachtung der Konzerne und Enteignung der Produktionsmittel³¹⁾ noch als Mittel zur Befreiung des Menschen angesehen. Gleichzeitig wurde der Unterschied zwischen der Idee der Freiheit und dem historischen Liberalismus als eine — eben nur begrenzt der Idee nahekommenden — Form politischer und ökonomischer Freiheit betont. Eichler ging es bereits 1938 darum, Freiheit nicht nur als Recht der Kapitalisten und Besitzenden zu begreifen, sondern auch als das Recht des arbeitenden Menschen auf Freiheit von Not und Freiheit zur Selbstgestaltung des Lebens³²⁾. Allerdings folgerte er schon damals, daß diese Freiheit nicht durch einen allgemeinen Kollektivismus zu erreichen sei. „In der Tat ist nicht das Privateigentum als solches die Quelle des Übels, sondern die Tatsache, daß der Arbeiter genötigt ist, wenn er überhaupt leben will, beim Kapitalisten zu dessen Bedingungen zu arbeiten.“³³⁾ Und: „Das Ideal der Freiheit verlangt, daß man sich in die Selbständigkeit eines Menschen nur dann einmengt, wenn er selber zu Unrecht die Freiheit anderer gefährdet.“³⁴⁾ Schon vor dem Kriege findet sich bei Eichler die Feststellung, die nicht mehr grundsätzlich Verstaatlichung und Kollektivismus, sondern die Verknüpfung der Freiheit aller in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Handelnden fordert: „Wo keine Monopole herrschen, da soll das Eigentum an Produktionsmitteln nicht angerührt werden, um die freie Tätigkeit nicht ohne Not einzuschränken. Zur möglichststen Schonung der freien Tätigkeit veranlaßt uns ferner die Überlegung, daß die freie Tätigkeit

²³⁾ Ebd. S. 250.

²⁴⁾ Ebd. S. 246.

²⁵⁾ Ebd. S. 42 und S. 93.

²⁶⁾ Ebd. S. 59f, S. 89ff., S. 116 und S. 242.

²⁷⁾ Ebd. S. 235 ff.

²⁸⁾ Ebd. S. 165.

²⁹⁾ Ebd. S. 203.

³⁰⁾ Ebd. S. 235 und S. 240.

³¹⁾ Ebd. S. 84f. und S. 94f.

³²⁾ Ebd. S. 130f.

³³⁾ Ebd. S. 133.

³⁴⁾ Ebd. S. 134.

meist auch die schöpferischere ist.“³⁵⁾ In diesem Zusammenhang gebraucht er dann bereits 1938 einen Begriff, von dem in ähnlicher Form andere später glaubten, ihn erfunden zu haben. Die sozialistische Gruppe in London hat 1938, „da sie den Markt nicht abschaffen, sondern ihn sozialistisch, ausbeutungsfrei, gestalten will, die Bezeichnung „sozialistische Marktwirtschaft“ gewählt“³⁶⁾.

In Eichlers Schriften nach dem Kriege ist die Hinwendung zu einem nichtkollektivistischen Wirtschaftssystem eindeutig, auch wenn die Kritik an Kartellen und Monopolen und ihrer Freiheit einschränkende Funktion in den westlichen Gesellschaftssystemen bestehen bleibt. Von Bedeutung ist die Erkenntnis, daß die Sozialisierung nicht — wie früher erwartet

— „automatisch alle gesellschaftlichen Mängel beseitigte, sondern durch die Konzentration von Staats- und Wirtschaftsmacht die Gefahr eines bürokratischen Apparates vielfältig verstärkte“³⁷⁾. Entscheidend ist weiterhin die Erkenntnis, daß die unkontrollierte Macht der Produktionsmittelbesitzer durch die wachsende Bedeutung der Gewerkschaften, durch die Mitbestimmung der Arbeiterschaft und durch die Sozialpolitik in Grenzen gehalten werden könne³⁸⁾. Die Folgerungen aus diesen Überlegungen bedeuten zwar keine unkritische Zustimmung zum westlichen Wirtschaftssystem, wohl aber die Erwartung, daß in diesem System Freiheiten auch für die Minderprivilegierten und für die Arbeiter zu erreichen sind.

III. Die ethischen, philosophischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus

Dieses Ziel der Partizipation auch der Minderprivilegierten am politischen Prozeß in Freiheit ist nun für den demokratischen Sozialisten Eichler keine willkürliche Setzung, aber auch keine Politik mit dem Anspruch eines *nur* sachlichen Konzeptes. Eichler ist sich bewußt (und betont dies immer wieder), daß Politik letztlich auf ethischen Werten zu gründen ist. Für ihn ist Politik Handeln, nicht Zusehen, sondern tägliches Entscheiden und tägliche Möglichkeit zum Irrtum. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen Ausspruch Nathan des Weisen bei Lessing: „Begreifst Du aber, um wieviel leichter andächtig schwärmen als gut handeln ist; daß selbst der allerschlaffste Mensch ... andächtig schwärmt, um nur gut handeln nicht zu brauchen?“³⁹⁾ Jeder politisch Handelnde aber steht immer wieder nicht nur vor der Frage, „was getan wird und was geschieht, sondern bei der Frage, was getan werden soll und was geschehen sollte“. Damit glaubt Eichler wohl zu Recht beim Kern der Politik angelangt zu sein, „bei den Grundwerten der Moral und des Rechts, bei der Rolle der Ethik im persönlichen und gesellschaftlichen Leben“⁴⁰⁾.

Eichler verwirft den Rechtspositivismus und verweist auf den Unterschied zwischen Legalität und Legitimität: „Der Rechtsstaat bedarf zwar der Gesetze, aber er wird nicht nur durch deren Existenz definiert. Denn auch Gesetze können Unrecht sein. Im Hitler-Staat sind sie das weitgehend gewesen. Erst er, so scheint mir, hat den Positivismus endgültig ad absurdum geführt“⁴¹⁾. Von dieser Einsicht her und nicht von der Frage des Erfolges oder Mißerfolges her legitimiert Eichler den Widerstand gegen Hitler⁴²⁾.

Eichler bemüht sich, die Grundwerte zu definieren, auf denen der demokratische Sozialismus beruht und Politik betreibt. „Allerdings ist es klar, daß es nicht das höchste Ziel des Lebens ist, auf alle Fälle glücklich zu sein, sondern eine Persönlichkeit, die darauf aus ist, ihrer Würde gemäß zu leben, um sich selbst achten zu können, und die die Mittel in die Hand zu bekommen wünscht, ihr Leben würdig und frei gestalten zu können.“⁴³⁾

Eichler sieht die Grundwerte des demokratischen Sozialismus (in Übereinstimmung mit dem Godesberger Programm) in den Zielen Freiheit, Gleichheit bzw. Gerechtigkeit und Solidarität⁴⁴⁾. Nun erkennt er allerdings, daß diese drei Werte bei oberflächlicher Betrachtung

³⁵⁾ Ebd. S. 135.

³⁶⁾ Ebd. S. 136.

³⁷⁾ Ebd. S. 170.

³⁸⁾ Ebd. S. 196 ff.

³⁹⁾ Ebd. S. 138.

⁴⁰⁾ Ebd. S. 140.

⁴¹⁾ Ebd. S. 61.

⁴²⁾ Ebd. S. 115.

⁴³⁾ Ebd. S. 141.

⁴⁴⁾ Ebd. S. 171 und S. 271 ff.

tung in harter Konkurrenz stehen können: Die extreme Überbetonung des Freiheitszieles des einzelnen kann die Gleichheit aufheben, die alleinige Betonung der Gleichheit kann die freie Entscheidung des Individuums unmöglich machen. Er weist darauf hin, daß der demokratische Sozialismus sich nicht für nur einen der beiden Werte entscheidet, sondern sie zu versöhnen sucht und damit zugleich die Möglichkeit des dritten Wertes Solidarität begründet. Freiheit ist durch das Prinzip der Gleichheit für demokratische Sozialisten nicht beseitigt, sondern wird überhaupt erst durch das Ziel der Gleichheit „für alle gesichert“⁴⁵⁾. Gleichzeitig hebt Eichler hervor, daß das liberale Verständnis von Freiheit als bloßer Ausschluß von Beschränkungen aller Art eben nicht zur Freiheit führe. Dann müßten die Menschen nicht nur im dauernden Widerstreit mit den Interessen anderer leben, sondern wegen der unterschiedlichsten und sich teilweise ausschließenden Interessen innerhalb eines Individuums in einen dauernden Konflikt mit sich selbst geraten.

Eichler sieht in der Freiheit ein zentrales Leitthema des Sozialismus; diese könne aber nicht „schränkenlos“ sein. „Jedes Kollektiv, insbesondere jeder Staat schränkt sie ein. Und wenn eine solche Beschränkung nicht durchweg abgelehnt werden soll... dann entsteht die Frage nach dem Maßstab, der uns die eine Beschränkung als notwendig, die andere als unerlaubt ausweist“⁴⁶⁾. Er ergänzt: „Die... Person hat sich nicht nur gegen den Moloch eines sie bedrohenden Kollektivs zu verteidigen, sondern auch gegen einen sie herabziehenden und seelenlosen Individualismus... Freiheitlicher Sozialismus ist an den Personalismus geknüpft, der über sich selbst hinaus stets die Gemeinschaft bejaht.“⁴⁷⁾

Eichler löst diesen scheinbaren Widerspruch, indem er eine doktrinäre Verabsolutierung der Ideen der Gleichheit und der Freiheit aufgibt. Er erklärt, daß Freiheit und Gleichheit bzw. Gerechtigkeit sich gegenseitig bedingen⁴⁸⁾, „daß Freiheit ohne Gleichheit überhaupt nicht zu verwirklichen ist und daß die Gleichheit, wie sie sich in der Anerkennung der Gleichheit der Würde des Menschen zeigt (und nur darin sind alle Menschen gleich), eine Bedingung der vernünftigen Anwendung des

Ideals der Freiheit in der Gesellschaft ist“⁴⁹⁾. Freiheit besteht so in dem gleichen Recht aller auf Freiheit. „Dann verwirklicht sich die Gleichheit der Würde aller Menschen in der Gleichheit der Chancen für alle, in Freiheit ihr Leben persönlich, kulturell, wirtschaftlich und politisch zu gestalten. Das aber heißt praktisch: Jeder muß die gleiche Chance erhalten zu Bildung und Wohlstand zu gelangen und das Schicksal des Staates und der Gesellschaft gleichberechtigt mitzugestalten. Dieser Maßstab der Gleichheit, der die Freiheit des einzelnen auf die praktische Anerkennung gleicher Freiheit auch für die anderen einschränkt, ist der Maßstab des Rechts, der Gerechtigkeit.“⁵⁰⁾

Eichler glaubt nicht, daß man durch Organisationen und staatliche Maßnahmen diese Freiheit in Gleichheit garantieren kann. Es sei lediglich möglich, einen äußeren Rahmen zu schaffen, in dem sich das Freiheitsgefühl überhaupt erst entwickeln und schöpferisch betätigen könne⁵¹⁾. Da Eichler auch politischer Praktiker ist, erörtert er die Frage, wie diese Chance zur Freiheit zu verwirklichen sei. Seine Antwort besteht in dem Hinweis auf die Bedeutung der Erziehung — vor allem einer Erziehung zum kritischen Denken⁵²⁾.

Allerdings begnügt sich der demokratische Sozialist Eichler nicht damit, nur Freiheit und Gleichheit als Ziele auszuweisen. Gerade die Leistungsgesellschaft eines freiheitlichen Systems erfordere die Solidarität der Gemeinschaft zugunsten des Schwächeren — die „aus der gemeinsamen Verbundenheit der Menschen folgende gegenseitige Verpflichtung“⁵³⁾.

Die Betonung der Wertgebundenheit politischen Handelns hat Folgen für die philosophische und erkenntnistheoretische Legitimierung sozialistischer Politik in demokratischem Verständnis. Auch wenn Eichler die soziologische Analyse von Marx weiterhin für wertvoll hält, ist er doch nicht mehr bereit, den Marxismus als philosophische Grundlage des sozialistischen Kampfes unkritisch zu akzeptieren⁵⁴⁾. Er gibt den Anspruch Marx' auf eine wissenschaftliche Begründung des Sozialismus und Kommunismus auf und zieht sich bewußt auf

⁴⁵⁾ Ebd. S. 172.

⁴⁶⁾ Ebd. S. 126.

⁴⁷⁾ Ebd. S. 127.

⁴⁸⁾ Ebd. S. 185.

⁴⁹⁾ Ebd. S. 143.

⁵⁰⁾ Ebd. S. 172.

⁵¹⁾ Ebd. S. 148.

⁵²⁾ Ebd. S. 153, S. 303ff. und S. 315ff.

⁵³⁾ Ebd. S. 186.

⁵⁴⁾ Ebd. S. 94.

Wertpositionen als Grundlage der Politik zurück. Für Karl Marx hatten die Sozialisten nicht Ideale zu verwirklichen, sondern dem in der Geschichte waltenden Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Für Eichler zeigen indes historische Erfahrungen und wissenschaftliche Argumente, „daß es in der Geschichte mindestens keine erkennbaren, keine wissenschaftlich erforschbaren objektiven Zwecke gibt“⁵⁵⁾. Wenn aber eine wissenschaftliche Herleitung politischer Ziele nicht möglich scheint, wenn politische Programmatik sich auf zwar plausible, aber nicht logisch ableitbare Werte beziehen muß, so müssen nicht nur die Wertgebundenheit von Politik, sondern auch die Pluralität und mögliche Konkurrenz der Werte und die Möglichkeit des Irrtums der Politik eingestanden werden. „Der Mensch kann sich in seiner Politik irren! Warum soll die Sozialdemokratische Partei das nicht tun.“⁵⁶⁾

In diesem Zusammenhang ist auf die scharfe Auseinandersetzung Eichlers mit dem orthodoxen Marxismus hinzuweisen⁵⁷⁾, der allzu leichtfertig die theoretischen Begründer des Liberalismus des 18. Jahrhunderts und ihren Kampf gegen autoritären Machtwahn und Despotismus mit der Entartung der liberalistischen Lehre in der kapitalistischen Praxis gleichgesetzt und abgelehnt habe: „... es war ... grauhaft dumm: denn die alten Theoretiker des Liberalismus mit ihrem Eintreten für die Freiheit der Persönlichkeit waren eigentlich diejenigen, in deren Fußstapfen die späteren Sozialisten hätten wandeln müssen“. Durch den Verzicht von Marx, die epochemachende Entdeckung Kants — dessen kritische Methode zu philosophieren — anzuerkennen, und durch die Übernahme des Hegelschen Denkens durch die Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus ist es zu der mit wissenschaftlichem Anspruch auftretenden, aber eben doch unhaltbaren These von der Entwicklung der Geschichte durch Widersprüche auf ökonomischem Gebiet gekommen. Obwohl Karl Marx und Friedrich Engels die Philosophie Hegels eines in die Wirklichkeit sich entlassenden Weltgeistes als eine kolossale Fehlgeburt erkannten, die sie erst vom Kopf auf die Füße stellen mußten, blieben sie doch im Denkkonstrukt Hegels verhaftet: „... damit hatten sie nun eine auf den Füßen stehende

Fehlgeburt — die ihrem allgemeinen Charakter nach den gleichen Geburtsfehler aufwies wie die von Hegel erzeugte: den auf eine vorilige Verallgemeinerung bestimmter Wirkungen wesentlicher Einzelercheinungen der Ökonomie gegründeten Glauben, das mit Naturnotwendigkeit wirkende bewegende Element der Geschichte wissenschaftlich entdeckt zu haben.“⁵⁸⁾ Von Hegel habe Marx die wissenschaftlich eben nicht belegbare Behauptung übernommen: „Der Glaube an ein Schema, demzufolge die Entwicklung stetig in Richtung des echten Fortschritts verläuft; ein geschichtlicher Optimismus, der durch nichts als berechtigt erwiesen wird.“⁵⁹⁾ Die stichhaltige Begründung politischer Ziele — so Eichler — könne nicht in der Geschichte selbst liegen: „... der Gott der Geschichte war entthront: sie folgt nicht vorgegebenen ehernen ‚Gesetzen‘, — jedenfalls keinen wissenschaftlich erkennbaren.“⁶⁰⁾ Ein wissenschaftlicher Sozialismus sei nur auf der Basis kritischer Philosophie, wie sie Kant lehrte, möglich. Ein derartiger Sozialismus aber würde gerade durch das Element des kritischen Philosophierens nicht die eigene Position als einzig richtige und die politisch andere Position nicht als zwangsläufig und wissenschaftlich beweisbar falsche Position darstellen.

Es liegt auf der Hand, daß Eichler als demokratischer Sozialist den Anspruch kommunistischer Parteien ablehnt, allein die wissenschaftlich begründete Wahrheit zu besitzen. Diese Behauptung müsse zwangsläufig zu Diktatur und Unterdrückung führen: „Da nur die Partei ... die Wahrheit kennt, da nämlich nur sie die angebliche Notwendigkeit ‚einsieht‘, die ihr die ‚marxistische‘, ‚parteiische‘ Wissenschaft enthüllt, kann sie über deren Einzelheiten zwar diskutieren, sie im ganzen aber nicht in Frage stellen lassen. Es gibt nur eine Wahrheit, die kennt die Partei und regiert danach — wer sie nicht einzusehen vermag, und im Grunde kann das keiner, da sie nicht einsehbar ist, der muß zu seinem Glück und zu seinem Heil gezwungen werden.“⁶¹⁾ Wie deutlich demgegenüber für Eichler der kantische kategorische Imperativ Bedeutung besitzt, zeigt „der Hinweis auf das Recht des einzelnen, sein Leben selbst zu gestalten, so lange er das Recht des anderen, der Gemeinschaft respek-

⁵⁸⁾ Ebd. S. 253.

⁵⁹⁾ Ebd. S. 133.

⁶⁰⁾ Ebd. S. 173.

⁶¹⁾ Ebd. S. 254.

⁵⁵⁾ Ebd. S. 145.

⁵⁶⁾ Ebd. S. 95.

⁵⁷⁾ Ebd. S. 132f.

tiert⁶²⁾. Für die praktische Politik und das Ziel der Freiheit folgert Eichler: „Es bedeutet zunächst eine verfeinerte Auffassung von der Bedeutung der Minderheit. In der Mehrheit sein, heißt niemals, damit allein über wahr und falsch entschieden zu haben. Freiheit heißt, nach einem Wort von Rosa Luxemburg, immer die Freiheit der Minderheit.“⁶³⁾

Eichler zieht aus dieser Erkenntnis die Folgerung, geschlossene Weltanschauungen als Grundlage der Politik abzulehnen, da dies die Tendenz zur Intoleranz fördere, „denn die sie tragende Überzeugung, in allen wesentlichen menschlichen Entscheidungen sittlicher, rechtlicher, moralischer, ästhetischer und religiöser Art, die allgemeine und konkrete Wahrheit zu kennen, schließt im Grunde aus, andere geschlossene Wahrheitsansprüche für möglicherweise ebenso berechtigt zu halten ... der Versuch, die Politik einheitlich und allgemeinverbindlich auf eine bestimmte Weltanschauung zu fundieren und zu begrenzen, würde zu einer Wiederbelebung der Religionskriege führen, in denen nicht notwendig ethische Werte, sondern höchstens die mächtigsten Weltanschauungen ermittelt werden.“⁶⁴⁾

Mit dieser Feststellung ergibt sich für den demokratischen Sozialismus das Problem der begründeten Bestimmung politischer Ziele. „Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß Weltanschauungen nicht durchweg wissenschaftlicher Darstellung und also nicht logischer Einsicht zugänglich, sondern auch Gegenstand gläubiger Offenheit und Hinnahme sind.“⁶⁵⁾ Wenn dem aber so ist, so muß jedes politische Programm die geistige Pluralität anerkennen, darf keine logische Begründung ethischer Werte behaupten und muß zugeben, daß zur Begründung ethischer Grundhaltungen mehrere Wege führen können. Es gibt für Eichler demnach „keine sozialistische Weltanschauung, aber es gibt, wie man wohl sicher sagen kann, keinen Sozialisten ohne eine Weltanschauung“⁶⁶⁾. Damit werden die drei Grundwerte des demokratischen Sozialismus — Freiheit, Gleichheit, Solidarität — nicht relativiert. Aber sie beanspruchen nicht den Charakter letzter Wahrheiten, denen jeder zu folgen hat, sondern sie beanspruchen menschl-

che Ziele von Politik zu beinhalten, denen jeder folgen kann, aus welcher weltanschaulichen Tradition er auch kommen mag. Eichler nennt dies die Entideologisierung der Programmatik der SPD im Sinne der Aufgabe eines nur geschlossenen und andere Denktraditionen ausschließenden weltanschaulichen Systems des demokratischen Sozialismus und die Hinwendung der Partei zu Grundwerten, die aus den unterschiedlichsten weltanschaulichen Wurzeln her begründet werden können⁶⁷⁾.

Diese offene, aber wertbezogene Position des demokratischen Sozialismus, die davon ausgeht, daß das Suchen der Wahrheit wichtiger ist als deren angenommener gesicherter Besitz, führt nun nicht nur zur Ablehnung eines dogmatischen Marxismus⁶⁸⁾. Jede politische Position, die für sich einen höheren Grad an begründeter Wahrheit beansprucht, wird kritisiert. So betont Eichler, daß die christliche Glaubenstradition einerseits sehr wohl weltanschauliche Grundlage des Sozialismus sein kann, daß aber andererseits die Kirche als Organisation in politischen Entscheidungen genauso fehlbar sein kann wie jeder andere politische Standpunkt⁶⁹⁾.

Diese Position des demokratischen Sozialismus führt jedoch auch zur Kritik an einer anderen, von konservativer Seite immer wieder behaupteten Ansicht, der zufolge die politischen Gegner ideologische Politik betrieben, wohingegen die eigenen politischen Vorschläge allein sachbezogen seien. In diesem Sinne argumentierte zum Beispiel Franz Josef Strauß im Zusammenhang mit dem Streit um die Gesamtschule⁷⁰⁾. Die Befürworter der Gesamtschule seien allemal Ideologen, die Befürworter des dreigliedrigen Schulsystems hätten die Sachargumente auf ihrer Seite. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob Politik ohne Anknüpfung auch an wertgebundene und damit auch an weltanschaulich-ideologisch begründe-

⁶²⁾ Ebd. S. 136.

⁶³⁾ Ebd. S. 155.

⁶⁴⁾ Ebd. S. 167.

⁶⁵⁾ Ebd. S. 174.

⁶⁶⁾ Ebd. S. 175.

⁶⁷⁾ Ebd. S. 185.

⁶⁸⁾ Zum Marx'schen Wissenschaftsverständnis und der kritischen Auseinandersetzung vgl. ausführlicher Erhard Forndran, Legitimation und Paradigma einer sozialwissenschaftlichen Lehrerausbildung aus der Sicht der Politikwissenschaft, in: Erhard Forndran, Hans J. Hummel und Hans Süßmuth, Hrsg., Studiengang Sozialwissenschaften. Zur Definition eines Faches, Düsseldorf 1978, S. 14ff., hier vor allem S. 22ff.

⁶⁹⁾ Eichler, a. a. O., S. 263 und S. 268.

⁷⁰⁾ Vor dem Bundestag in der Haushaltsdebatte am 11. 12. 1979.

Grundpositionen in nur sachbezogener Entscheidung möglich ist. Abgesehen davon, daß konservative Politik im Sinne Hegels immer wieder glaubt, die These vertreten zu können, daß die existierende Wirklichkeit ohne weitere Begründung — eben weil sie existiert — auch vernünftig ist, hat diese Politik einen scheinbaren Vorteil. Ihr Verzicht auf Veränderungen politischer Realität enthebt sie — so mag es erscheinen — der Aufgabe, politische Ziele zu definieren und zu legitimieren. Dabei übersehen sie, daß die Verteidigung von Realität gegenüber einer möglichen und denkbaren anderen Form der Konstruktion von Realität nicht bloße sachliche Politik, sondern ebenfalls wertgebundene Politik ist. Der gegebene und historisch entstandene Ist-Zustand wird in einem solchen politischen Konzept als Wert begriffen. Die Konservativen sollten lernen, daß der Ideologievorwurf selbst Ideologie ist, daß es eine nicht wertgebundene, nur sachliche Politik nicht geben kann. Die Behauptung, die eigene Politik sei nicht ideologisch, die des anderen aber sei es, ist schlichte Ideologie. Politik ist der Versuch, Werte für das und in dem Zusammenleben der Menschen zu verwirklichen. Werte aber sind nun einmal nicht logisch begründbar, sondern Überzeugung — „gläubige Hinnahme“, wie Eichler formuliert.

Ideologie und Wertgebundenheit von Politik können kein Schimpfwort sein, sondern das Eingeständnis des geistigen Ringens um die beste Politik in einer pluralistischen Gesellschaft. Der Vorwurf der Ideologie trifft also nicht denjenigen, dem man einen solchen Vorwurf macht, sondern denjenigen, der ihn erhebt und damit seinen eigenen Mangel an Reflexion über seine werthaftern Grundlagen offenlegt. Unter dem Aspekt der Anerkennung der Pluralität werden Ideologien erst zum Gegenstand eines Vorwurfes, wenn sie in einem Monopolanspruch eine andere weltanschauliche Position als die eigene nicht anerkennen und die eigene Grundposition zum alleinigen Maßstab allen politischen Handelns und Urteilens erheben. Diesen allumfassenden Anspruch gegenüber anderen politischen Positionen erhebt der demokratische Sozialismus bewußt nicht. Sollte tatsächlich erkennbar sein, welches die richtige, der Sache allein entsprechende Politik ist, so müßte jede andere Politik unsachlich und damit eindeutig falsch sein.

Welche Folgerungen ergeben sich aus der Lektüre der Schriften Willi Eichlers zum de-

mokratischen Sozialismus für die Beurteilung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Sozialismus bzw. von Freiheit und Kollektivismus?

1. Der demokratische Sozialismus ist eine politische Haltung, die sowohl gegen den Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus wie gegen den des Kommunismus — und zwar sowohl in bezug auf die politische Programmatik wie in bezug auf die politische Praxis — gerichtet ist, ohne selbst einen irgendwie gearteten Totalitätsanspruch zu erheben. Eine Gleichstellung von Nationalsozialismus und Kommunismus mit dem demokratischen Sozialismus offenbar einen eklatanten Mangel an Wissen und ist schlicht abwegig, politisch allerdings nicht ungefährlich.

2. Der demokratische Sozialismus löst das Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft nicht im Sinne einer einseitigen Priorität für einen der beiden Faktoren. Sein Ziel ist die Verknüpfung individueller Freiheit mit der Gerechtigkeit in der Gesellschaft, die Ausdruck der Anerkennung der Freiheit und Menschenwürde des anderen und damit aller Mitglieder der Gesellschaft ist. Diese Einstellung hebt den demokratischen Sozialismus von jedem Kollektivismus ab, ohne ihn zum unkritischen Anhänger des klassischen, nur auf das Individuum ausgerichteten Liberalismus zu machen.

3. Der demokratische Sozialismus stellt nicht staatliche Allmacht gegen freie Initiative, allerdings sieht er in staatlichen Aktivitäten die Aufgabe, die völlige Freiheit der einzelnen Personen insoweit zu begrenzen, wie es nötig ist, um auch den schwächeren Gliedern der Gesellschaft eine demokratische Lebensqualität durch Solidarität zu sichern. Auch durch diese Einstellung unterscheidet sich der demokratische Sozialismus von der trotz aller Betonung der Rolle der Partei nicht zu leugnenden faktischen Verabsolutierung des Staates gegenüber dem Bürger im Nationalsozialismus und Kommunismus. Andererseits verurteilt der demokratische Sozialismus den Staat nicht, wie es der klassische Liberalismus tat. Der in Deutschland zur Zeit des Obrigkeitsstaates berechtigte Kampf um die Stellung des Individuums — seiner Rechte und Freiheiten gegenüber der Obrigkeit — ist zwar als Thema für den demokratischen Sozialismus nicht völlig erledigt, dem Staat wird aber heute auch die Schiedsrichterfunktion mit der Aufgabe des Ausgleichs und des

Schutzes der Minderheiten und gesellschaftlich Schwächeren in den Interessenauseinandersetzungen der Individuen und gesellschaftlichen Gruppen und Verbände zugewiesen.

4. Der demokratische Sozialismus verabsolutiert keine Ideologie. Er vertritt kein geschlossenes weltanschauliches System, er behauptet aber auch nicht, eine nur „sachbezogene“ Politik zu betreiben. Vielmehr wird die Politik des demokratischen Sozialismus von drei Werten geleitet: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Die-

ser Bezug auf Wertinhalte und das Eingeständnis der Irrtumsfähigkeit führt zu einem drastischen Unterschied zwischen Marxismus und demokratischem Sozialismus. Der Anspruch des Marxismus, den Gang der Geschichte zweifelsfrei wissenschaftlich erkannt zu haben und damit im Besitz der Wahrheit zu sein, wird vom demokratischen Sozialismus nicht geteilt. Er akzeptiert die Möglichkeit der Pluralität der Meinungen über Geschichte und Politik wie über die in der Politik zu verwirklichenden Werte.

Sven Papcke: Die deutsche Soziologie zwischen Totalitarismus und Demokratie.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/80, S. 3—19

Zu den stiefmütterlich behandelten Arbeitsfeldern der Soziologie gehört — zumal in der Bundesrepublik — ihre eigene Geschichte. Über das allgemeine Defizit an historischen Ansätzen hinaus ist dabei besonders der Zeitraum von 1933 bis 1945 weitgehend vernachlässigt worden. Zudem blieb die Frage ausgespart, ob 1933 bzw. 1945 tatsächlich ein fachgeschichtlicher Bruch stattfand oder ob nicht vielmehr auch soziologische Kontinuitäten festzustellen sind. Die seltenen Beiträge zu diesem Fragenkomplex, die wechselweise von einem Verbot oder auch vom Absterben der Soziologie in Deutschland nach 1933 sprechen, vertreten aufgrund dieser Forschungslücke seit langem eher fachgeschichtliche Vorurteile.

Diese Einseitigkeit hat ihrerseits historisch-soziologische Ursachen, die dazu geführt haben, daß auch nach 1945 innerfachlich weder das nationalsozialistische „Phänomen“ aufgearbeitet wurde noch untersucht werden konnte, welche Rolle die Soziologie vor und nach 1933 gespielt hat. Dieses Versagen hängt wiederum mit der soziologisch relevanten Tatsache zusammen, daß es wissenschaftsgeschichtlich in der „deutschen Soziologie“ offenbar Strömungen inhaltlicher wie methodologischer Einstellungen gibt, die die *Soziologen als Zeitgenossen* hilflos den Prozessen des politischen Umfeldes auslieferten.

Erhard Forndran: Sozialismus und Nationalsozialismus — Dargestellt an Hand der Beiträge Willi Eichlers zum demokratischen Sozialismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/80, S. 21—30

Das Verhältnis von Sozialismus und Nationalsozialismus ist in letzter Zeit zum Thema für die politisch interessierte Öffentlichkeit geworden. Aber auch jenseits dieser tagespolitischen Auseinandersetzungen verdient diese Frage eine wissenschaftliche Diskussion. Dabei sind zwei Dimensionen interessant: die tatsächlichen historischen Prozesse und die theoretischen und programmatischen Grundlagen beider politischer Strömungen. Hier wird lediglich der zweite Komplex problematisiert. Dies geschieht an Hand der Schriften Willi Eichlers zum demokratischen Sozialismus. Der demokratische Sozialismus wird damit in seinen Unterschieden zum Nationalsozialismus aber auch zum Kommunismus dargestellt. Neben der Untersuchung des Verhältnisses des demokratischen Sozialismus zu diesen beiden politischen Strömungen wird die Frage nach den ethischen, philosophischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus behandelt. Auf der Basis der Schriften Eichlers wird der politische Vorwurf des Kollektivismus und des Antipluralismus an den demokratischen Sozialismus zurückgewiesen.